Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Ettlinger Zeitung. 1949-1973
# 1951

79 (5.4.1951)

Visual Library

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landsmann gegründet 1896

Süddeutsche Heimatzeitung für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang — Donnerstag, den 5. April 1951 — Nr. 79


## Mitbestimmungsgesetz im Bundestag angenommen

**Nach Kompromißvorschlag der CDU — Regierungskoalition fiel auseinander — Adenauer stimmt gegen sich selbst**

**Bonn (UP). Der Bundestag erlebte in seiner Mittwochsitzung die große Überraschung, daß sich SPD und CDU in der Mitbestimmungsfrage zu einer „Abstimmungskoalition" zusammenfanden und den Kompromißvorschlag der CDU-CSU-Fraktion zur Wahl der Arbeitnehmervertreter in die Aufsichtsräte annahmen.**

Der Kompromißantrag ändert den vom Kabinett vorgelegten Regierungsentwurf und wurde gegen die Stimmen der FDP, der DP, der Bayernpartei, des Zentrums und der Kommunistischen Partei angenommen. Die SPD kündigte jedoch einige kleinere Abänderungsvorschläge zu diesem Kompromiß bis zur dritten Lesung des Gesetzentwurfs an, die in der nächsten Woche stattfinden soll.

Wenig später stimmte der Bundestag einem weiteren Abänderungsantrag der CDU/CSU für die Wahl des sogenannten „elften Mannes" in den Aufsichtsräten zu. Damit ist die Kabinettsvorlage von der größten Regierungspartei an zwei entscheidenden Stellen geändert worden. Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte diesen Kompromiß selbst angeregt, nachdem sich die Koalitionsparteien zunächst auf einen Entwurf des Ausschusses für Arbeit geeinigt hatten, der erheblich von den Grundzügen des Regierungsentwurfs abwich.

Der Bundestag beschloß:

1. Die Wahl der fünf Vertreter der Arbeitnehmerseite wie folgt vorzunehmen: Zwei Arbeitnehmervertreter sollen je ein Angestellter und ein Arbeiter des Betriebes sein und von den Betriebsräten im Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen dem Wahlorgan (der Hauptversammlung) zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden. Die drei übrigen Mitglieder der Arbeitnehmerseite sollen von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nach vorheriger Beratung mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und den Betriebsräten zur Wahl vorgeschlagen werden. Das Wahlorgan ist an die Vorschläge der Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gebunden.

2. Die Wahl des „elften Mannes" soll mit einer qualifizierten Mehrheit der anderen zehn Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgen. Dabei müssen mindestens je drei Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber im Aufsichtsrat zustimmen. Kommt es zwischen den zehn Mitgliedern des Aufsichtsrates zu keiner Einigung, so wird ein Vermittlungsausschuß angerufen, der sich aus je drei Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zusammensetzt. Dieser Ausschuß muß der Hauptversammlung innerhalb von einem Monat drei Wahlvorschläge machen. Akzeptiert die Hauptversammlung keinen dieser drei Vorschläge, kann sie weitere Nominierungen vom Vermitthungsausschuß anfordern.

Unter Berücksichtigung der von den christlichen Demokraten vorgebrachten Änderungen wurde der Entwurf des Ausschusses für Arbeit in zweiter Lesung endgültig angenommen. Diese Vorlage unterschied sich im wesentlichen nur in den beiden strittigen Punkten — Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und elfter Mann— von der Regierungsvorlage. Die Kompromißvorschläge der CDU/CSU sollten einen Ausgleich zwischen der Regierungsvorlage und dem Ausschußentwurf herstellen. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer stimmte im Verlauf der Debatte gegen seine eigene Kabinettsvorlage, als das Zentrum Wiederherstellung des Regierungsentwurfs verlangte.

Die anderen beiden Koalitionsparteien — FDP und DP — wandten sich mit Unterstützung der Bayernpartei gegen eine Monopolstellung der Gewerkschaften bei der Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates. Eine lange Reihe von weiteren Abänderungsanträgen verschiedener Parteien verfiel der Ablehnung.

### Kommunistendemonstration

Etwa tausend Frauen des kommunistischen „Demokratischen Frauenbundes" demonstrierten am Mittwoch kurz nach Beginn der Plenarsitzung des Bundestages vor dem Bundeshaus in Bonn. Über 200 Polizeibeamte mußten aufgeboten werden, um die Frauen aus dem Parlamentsgebäude herauszuhalten. 20 demonstrierende Frauen wurden in Schutzhaft genommen, als es zwischen ihnen und der Polizei zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam.

Die Demonstrantinnen führten zahlreiche blauweiße und grüne Transparente und Plakate mit sich, auf denen ein Friedensvertrag noch in diesem Jahr gefordert und eine Wiederbewaffnung abgelehnt wurde. Sie protestierten ferner gegen Preissteigerungen und forderten höhere Löhne.

In lauten Sprechchören verlangten die Demonstrantinnen die Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Frau Helene Wessel, zu sehen, die sich in den letzten Wochen mehrfach öffentlich gegen die Remilitarisierung Deutschlands ausgesprochen hatte. Sie entgegnete den Demonstrantinnen, daß das Grundgesetz die von den Frauen geforderte Volksbefragung nicht kenne. Außerdem sagte Frau Wessel, sie sei auch für den Frieden und gegen die Remilitarisierung. Doch setze der Erfolg einer solchen Politik voraus, daß auch im Osten abgerüstet werde. In der Demokratie bestimme überdies die Mehrheit.

## Adenauer fährt zum Petersberg

**Erste Gespräche mit Monnet — ECA finanziert Wohnungsbau**

**Bonn (UP). Der Leiter der französischen Schumanplandelegation, Jean Monnet, traf am Mittwoch zu Besprechungen mit der Bundesregierung über eine Reihe von noch offenstehenden Fragen im Zusammenhang mit der geplanten Unterzeichnung des Schumanplanes in Bonn ein.**

Bundeskanzler Dr. Adenauer wird Monnet am Donnerstag zu einer Aussprache empfangen, nachdem tags zuvor dieser mit Staatssekretär Hallstein sich beriet.

Der Bundeskanzler nimmt am Donnerstag zum ersten Mal im neuen Jahr wieder an deutsch-alliierten Besprechungen auf dem Petersberg teil. Die Zusammenkunft wird als „inoffiziell" und „rein gesellschaftlich" bezeichnet, da an sich keine formelle Sitzung der alliierten Hohen Kommission stattfindet.

Die Bundesregierung bereitet zur Zeit ein Gesetz vor, demzufolge sie selbst an die Stelle der alliierten Banken-Kommission treten und zum Teil deren Befugnisse übernehmen soll. Die Auflösung der Allied Bank Commission (A. B. C.) erfolgt auf Wunsch der Alliierten selbst.

### Ein Bundeswirtschaftsrat

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat die Vorbereitung eines Bundeswirtschaftsrats angeordnet. Der Kanzler will zunächst die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften auffordern, je fünf bevollmächtigte Vertreter zu benennen, mit denen er schwebende wirtschaftspolitische Fragen besprechen will. Die erste Zusammenkunft unter seinem Vorsitz soll bereits in der Woche zwischen dem 8. und 15. April stattfinden.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß der Regierung erörterte erneut unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher alle wichtigen wirtschaftspolitischen Probleme, ohne jedoch endgültige Beschlüsse über das neue Wirtschaftsprogramm zu fassen. Die Ressortbesprechungen über die verschiedenen Gesetzesvorlagen zum Wirtschaftsprogramm gehen weiter.

Ein Sonderprogramm für den Bau von 3000 Wohnungen hat das Bundesministerium für den Wiederaufbau der ECA-Mission in Deutschland angekündigt. Für diesen Zweck werden 30 Millionen DM aus dem Gegenwertfonds des Marshallplanes verwendet. Die Wohnungen sollen zu 65 Prozent Vertriebenen zur Verfügung gestellt werden.

### Kartellgesetz fertig

Der Bundeswirtschaftsminister hat jetzt nach nochmaligen Besprechungen mit Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und den Gewerkschaften den Entwurf für ein Kartellgesetz dem Bundeskabinett zugeleitet. Es besteht die Hoffnung, daß die Bundesregierung spätestens in der kommenden Woche dieses Gesetz an den Bundesrat weitergibt. Bekanntlich haben die Alliierten, insbesondere die Amerikaner, ihren Verzicht auf weitere Eingriffe in das deutsche Kartellwesen davon abhängig gemacht, daß Bundesrat und Bundestag sobald wie möglich ein entsprechendes deutsches Gesetz verabschieden.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie befürwortet in einem Wirtschaftsmemorandum u. a. die Umlenkung von Kaufkraft aus der Konsumsphäre in die Investitionen durch „Aufbausparen", um damit die Leistungsfähigkeit der Grundstoffindustrien zu vergrößern. Der Kreis der abgabepflichtigen Konsumgüter soll möglichst weit gezogen werden, ohne die lebensnotwendigen Güter zu erfassen. Die Sparraten müßten dabei möglichst niedrig gehalten werden. Weiter soll Investitionskapital aus der verarbeitenden Industrie in die Grundstoffindustrien durch Abzweigung von Abschreibungsbeträgen umgelenkt werden. Der Bundesverband betont dabei, daß die Abschreibungsmöglichkeiten des geltenden Steuerrechts voll erhalten bleiben müssen. Die zur Verfügung gestellten Beträge sollen wertbeständiges Eigentum der Geldgeber bleiben. Es ist an Anteilscheine gedacht.

Lohnerhöhungen werden unter Hinweis auf ihre inflationistische Tendenz abgelehnt. Andererseits verlangt der Industrieverband von der Bundesregierung die sofortige Verwirklichung des Exportförderungsprogramms. In den Mit-

(Forts. auf der 2. Seite)

## Acht Diplomaten in Bonn akkreditiert

**Feierlicher Empfang durch den Bundespräsidenten — Ansprache des Nuntius**

**Bonn (UP). Bundespräsident Heuss nahm am Mittwoch in einer feierlichen Zeremonie die Beglaubigungsschreiben der diplomatischen Vertreter von sieben Nationen und des Heiligen Stuhls in Empfang.**

In Uniformen oder im Frack erschienen der Nuntius, die Botschafter Hollands und Italiens, sowie die Gesandten Luxemburgs, der Schweiz, Schwedens, Indiens und Portugals im blumengeschmückten Empfangssaal des Palais Hammerschmidt, um dort in Gegenwart von Bundeskanzler Dr. Adenauer und Staatssekretär Hallstein dem Bundespräsidenten ihre Akkreditierungsschreiben zu übergeben.

Erzbischof Münch, der apostolische Nuntius und Doyen des Diplomatischen Korps richtete dabei das Wort an den Bundespräsidenten, wobei er die Einmaligkeit dieser Stunde hervorhob. Sodann erinnerte er daran, daß es Papst Pius XII. gewesen sei, der sich schon im Juni 1945 offen zum deutschen Volk bekannt habe. Münch betonte seinen Willen, das friedliche Einvernehmen zwischen Staat und Kirche im Bundesgebiet zu erhalten und beklagte die Teilung Deutschlands.

Der Doyen des Diplomatischen Korps stellte anschließend die neuen Botschafter und Gesandten dem Bundespräsidenten vor. Im Namen des deutschen Volkes sprach ihnen Theodor Heuss den Dank für die zum Ausdruck gebrachten Wünsche aus.

•

Der Staatsakt, bei dem acht ausländische Diplomaten Professor Heuss ihre Beglaubigungsschreiben überreichten, ist ein Ereignis, dessen Bedeutung weit über den symbolischen Vorgang hinausgreift. Denn bei diesem Empfang fremder Missionschefs trat der Bundespräsident zum ersten Mal als souveränes Staatsoberhaupt in Erscheinung, nachdem bis vor kurzem auch seine Tätigkeit in gewissem Grade den Direktiven der drei Hochkommissare unterlegen hatte. Die mit der Revision des Besatzungsstatus eingeleitete Entwicklung, die der Bundesrepublik eine fortschreitende Unabhängigkeit von der Befehlsgewalt der Besatzungsmächte in Aussicht stellte und mit der Zubilligung einer zwar noch kontrollierten, aber doch schon in beschränktem Rahmen möglichen Außenpolitik einen weiteren Schritt zurückgelegt, hat damit nun auch ihre dekorative Ausprägung erfahren.

Das erste dem Bundespräsidenten ausgehändigte Beglaubigungsschreiben trägt die Unterschrift Papst Pius XII., der den Erzbischof Aloisius Münch als seinen Nuntius in Bonn akkreditierte. Münch trat damit die Nachfolge des letzten Nuntius in Deutschland, Mgr. Caesare Orsenigo, an, der im April 1946 starb. Orsenigo war seinerseits der Nachfolger von Eugenio Pacelli, als dieser im Februar 1930 als Kardinalstaatssekretär nach Rom berufen wurde.

Die erste päpstliche Nuntiatur in Deutschland wurde 1533 in Köln errichtet. Ihr folgte nach einigen kurzfristigen Zwischenlösungen im Jahre 1785 eine Nuntiatur in München, die von 1818 bis nach dem ersten Weltkrieg die einzige Vertretung des Hl. Stuhl in Deutschland war. Sie war nicht nur für den ganzen süddeutschen Raum, sondern auch für Preußen zuständig, bis endlich 1930 die preußische Gesandtschaft im Vatikan in den Rang einer Botschaft erhoben wurde. Damals erst verlegte Pacelli, der seit 1916 in München tätig war, seinen Amtssitz nach Berlin.

Traditionsgemäß führt der Nuntius in fast allen Ländern der Welt den Titel eines Doyen des Diplomatischen Korps. Er ist also gewissermaßen dessen Vorsitzender, was aber nur bei repräsentativen Gelegenheiten in Erscheinung zu treten pflegt wie etwa jetzt in Bonn, wo der neue Nuntius die übrigen Diplomaten dem Bundespräsidenten vorstellte und in ihrem Namen sprach. Die Aufgaben eines Nuntius erschöpfen sich jedoch nicht allein im diplomatischen Verkehr mit der für ihn zuständigen Regierung des Gastlandes; über ihn läuft vielmehr auch der amtliche Schriftwechsel zwischen dem Episkopat und dem Hl. Stuhl. Er ist ferner für päpstliche Dispensen und Lizenzen zuständig und ebenso ist er der Vertreter des Papstes bei der Ernennung hoher kirchlicher Würdenträger. Seine Funktion ist also sowohl eine politische wie eine kirchliche.

Erzbischof Münch, der bisher als persönlicher Beauftragter des Papstes in den drei Westzonen wirkte, hat sich schon viele Verdienste um die Bevölkerung der Bundesrepublik erworben. Manche Milderung des Besatzungsregimes ist ihm zu verdanken, wie er auch um die Linderung der Not durch Beschaffung von Liebesgaben und Geldern aus dem Ausland sich bemühte. Erzbischof Münch ist übrigens der erste Amerikaner, der zum Rang eines päpstlichen Nuntius aufstieg. Fk

## Frankreichs Dritte Kraft

**Von Hans Mosberg**

Paris schickt sich an, seinen zweitausendsten Geburtstag als Stadt festlich zu begehen. Monate hindurch soll in einer Fülle von Veranstaltungen die unversiegbare Lebenskraft des französischen Geistes und des Geschmacks den Ausländern vor Augen geführt werden. Doch es ist ein Paris der unverhüllbaren allgemeinen „malaise", der Sorge vor einer auch hier als drohend empfundenen Zukunft, akzentuiert durch die nun Wochen hindurch andauernden Beschwerden der Riesenstadt als Folge des Streiks bei den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Im Casino de Paris läuft allabendlich eine verschwenderisch ausgestattete Revue. In einer burlesken Szene tanzen menschliche Mäuse vor dem durchlöcherten Rechteck eines riesigen Käses. Auf einmal erhebt sich darüber der noch riesigere Kopf einer augenblinzelnden und zungenleckenden Katze. Die Mäuse aber purzeln vor Schreck übereinander und bleiben, allein vom Anblick des großen Feindes paralysiert, leblos liegen. „Tiens", meint ein französischer Nachbar, „so wird es ausschauen, wenn Papa Stalin sich einmal näher für den großen Käse interessieren wird, vor dem die Nationen der Europa-Union tanzen!" Das Politische verfolgt auch hier den Menschen im Unterbewußtsein bis zu den Stätten abendlicher Entspannung.

In diesem Frankreich sollen nun „irgendwann" im Sommer die Parlamentswahlen stattfinden, die man als die ersten echten Wahlen nach dem Kriege zu bezeichnen pflegt. Allgemein ist man der Überzeugung, daß sehr erhebliche Verschiebungen des innerpolitischen Bildes Frankreichs erwartet werden müssen. Dabei gilt es keineswegs als ausgemacht, daß die beiden extremen Flügel, die Kommunisten und die Gaullisten, entscheidende Erfolge haben werden. In bitterer Ernüchterung scheint die öffentliche Meinung ihrer Fanfarentöne ebenso müde zu sein wie des impotenten Spieles der Regierungsparteien mit ihren ständigen Kabinettswechseln, hinter denen doch nur immer erneute Verschärfungen der Teuerung stehen. Aus dieser Situation allgemeiner Enttäuschung, die breite bürgerliche Schichten vielleicht noch stärker erfaßt hat als die Arbeiter, müssen die Chancen verstanden werden, die eine nicht zu unterschätzende Gruppe von Politikern des ehemaligen Pétain-Regimes für sich bei den kommenden Wahlen sieht.

Für uns Deutsche wird diese Erscheinung besonders interessant durch die Ernsthaftigkeit, mit der diese Gruppe in einer echten, umfassenden Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen die einzige tragbare Zukunft Europas erblickt. Weiter aber ergeben sich vielerlei erstaunliche Parallelen in der ablehnenden Haltung zu den Regierenden zwischen gewissen sozial ähnlichen Schichten Deutschlands und Frankreichs. Für diese konservativ, jedoch nicht reaktionär gestimmten Kreise, hinter denen vor allem große Teile des alten Beamtentums Frankreichs stehen, ist die heutige Regierung Ausdruck des Nutznießertums einer vielfach in ihrer Ehrlichkeit angezweifelten Widerstandsbewegung der Kriegszeit, die sich angeblich in Wahrheit gar nicht so sehr in patriotischer Opferbereitschaft gegen die deutschen Okkupanten gerichtet, sondern vielmehr in erster Linie sehr durchsichtige innerpolitische Machtziele verfolgt habe, vor allem die des Kommunismus. Diese linksradikalen Kreise hätten auch die als unmöglich abgelehnte heutige Verfassung bestimmt, die nur von einem Drittel der Abgeordneten angenommen worden sei, während sich ein weiteres Drittel der Stimme enthielt, das letzte Drittel aber die Verfassung ablehnte, die also niemals eine echte Mehrheit hinter sich gehabt habe.

Gegen diese Nutznießer einer extremen politischen Situation aber sucht man vor allem diejenigen zu mobilisieren, die Opfer politischer Unduldsamkeit nach dem Kriege geworden sind. 105 000 anständige Franzosen seien als angebliche Kollaborationisten hingerichtet oder ermordet worden, nur weil sie dem legitimen Staatschef Marschall Pétain die Treue gehalten und den wahren Interessen Frankreichs gedient hätten; weitere Hunderttausende hätten aus gleichem Grunde Amt, Brot und Vermögen verloren. Alle diese Menschen, gestützt durch Millionen von Sympathisierenden, würden bei den kommenden Wahlen erstmalig ihre Stimme erheben. General de Gaulle aber, in dessen Lager sich die unerwünschtesten Elemente zusammengefunden hätten, sei ebenso entschieden abzulehnen wie die Kommunisten.

Wird aus diesen Schichten der Entrechteten wirklich die große Überraschung kommen können? Alles scheint dagegen zu sprechen, vor allem weil ihnen keine Presse zur Verfügung steht — sie dient auf Grund des Systems

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

der Papierzuteilungen fast ausschließlich den Regierungsparteien. Immerhin: Starke Ströme fließen unter der Oberfläche und der Rausch der ersten Nachkriegsjahre mit seiner vielfachen Willkür und Ungerechtigkeit beginnt zu weichen — auch in Frankreich.

## Regierungskrise in Italien

**Drei sozialistische Minister zurückgetreten — 450 000 Jungkommunisten**

**Rom (UP). Die drei Minister der Rechtssozialistischen Partei unter Giuseppe Saragat haben beschlossen, die italienische Koalitionsregierung zu verlassen, nachdem ihre Partei sich für den Zusammenschluß mit den weiter links stehenden unitarischen Sozialisten und die Aufgabe der Zusammenarbeit mit Ministerpräsident de Gasperi entschieden hat.**

Der Rücktritt der drei Minister wurde nach einer Nachtsitzung des Vorstands der Rechtssozialistischen Partei (PSLI) bekanntgegeben. Die PSLI will sich am 1. Mai mit den unitarischen Sozialisten (PSU) zusammenschließen, deren Vorsitzender Giuseppe Romita ist. Die zurücktretenden Minister sind Ivan Matteo Lombardo (Außenhandel), Ludovico d'Aragona (Transport und Verkehr) und Alberto Simonini (Handelsmarine).

Der Sekretär der kommunistischen Arbeiterjugend Italiens, Enrico Berlinguer, teilte dem in Rom tagenden kommunistischen Parteikongreß mit, daß die Organisation auf 450 000 Mitglieder angewachsen sei. Nach offiziellen Angaben der kommunistischen Partei betrug die Zahl der Mitglieder der Jugendorganisation im April vergangenen Jahres 433 390. Berlinguer betonte, daß trotz der „guten Erfolge" in der Gewinnung neuer Anhänger „viel mehr getan" werden müsse.

Papst Pius XII. empfing in einer Sonderaudienz den Domchor von Münster in Westfalen, der ihm unter der Leitung von Pfarrer Hubert Leiwering „Christ ist erstanden" vortrug. Anschließend erteilte der Papst den Mitgliedern des Chores und ihren Angehörigen den apostolischen Segen.

Papst Pius X., der im August 1914 starb, wird am 3. Juni im Petersdom seliggesprochen werden. Tausende von Gläubigen aus allen Teilen der Erde werden aus diesem Anlaß nach Rom kommen.

## 64 000 Tonnen Liebesgaben verteilt

**Die karitative Tätigkeit der evang. Kirche**

Hamburg (epd). Der gesamtdeutschen evangelischen Synode in Hamburg, die zur Zeit über die Neuordnung des Evangelischen Hilfswerks und seine Koordinierung mit der Inneren Mission berät, wurden Zahlen über den Stand der beiden großen Werke vorgelegt. Danach gehören zur Inneren Mission im Bundesgebiet etwa 2200 Anstalten und Heime mit über 150 000 Betten. Sie verteilen sich auf Gesundheits-, Erziehungs- und Wirtschaftsfürsorge, weibliche und männliche Diakonie.

Das Hilfswerk der evangelischen Kirchen hat vom 1. Oktober 1945 bis zum 31. Dezember 1950 unter anderem 64 842 784 kg Liebesgaben des Auslandes im Wert von rund 200 Millionen DM erhalten und verteilt. 28,5 Millionen DM Geldspenden aus dem Ausland konnten für den kirchlichen Wiederaufbau in ganz Deutschland verwendet werden; 180 Millionen RM und 19 Millionen DM wurden für die kirchliche Liebestätigkeit gesammelt.

## Kriminalpolizei auf der Anklagebank

**in Frankfurt begann der Bestechungs-Prozeß**

Frankfurt (UP). Am ersten Verhandlungstage des „Frankfurter Polizeiskandals" vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt erklärte der ehemalige Chef der Frankfurter Kriminalinspektion, Delke, er habe sich berechtigt gefühlt, „Geschenke" von den Besitzern sichergestellter Gegenstände entgegenzunehmen, da die Rückgabe der beschlagnahmten Waren auf amerikanische Anweisung erfolgt sei. Zusammen mit Delke und Kriminalsekretär Groh sind 9 weitere Beamte und Angestellte der Frankfurter Kriminalpolizei, der bekannte Rrechtsanwalt Dr. Lafontaine sowie der Besitzer der Gaststätte „Zum Pulverkopf", Otto, der passiven Bestechung, der Steuerhehlerei, des Betruges, des gewinnsüchtigen Asservatenbruchs, der Veruntreuung im Amt, und der Beihilfe zu diesen Delikten angeklagt. Speziell wird ihnen vorgeworfen, 1949 und 1950 gegen Bestechungsgelder in Höhe von mehreren 1000 DM beschlagnahmte Schmuggelgüter — angeblich in der Hauptsache DP's — zurückgegeben zu haben.

---

**Der Minister der US-Luftstreitkräfte,** Thomas Finletter, ist in Frankfurt eingetroffen, wo er von Generalleutnant Norstad empfangen wurde.

**Kardinal Frings weihte** in Königstein neun Kapellenwagen, die im Rahmen der „Ostpriesterhilfe" von der katholischen Bevölkerung Belgiens und Hollands gespendet worden waren.

**Überschwemmungskatastrophe bedroht Indien.** Riesige Gebiete im Nordosten und Nordwesten der Provinz Assam sind von einer Überschwemmungskatastrophe bedroht, nachdem es dort wochenlang beinahe ununterbrochen geregnet hat.

---

**Adenauer fährt zum Petersberg** (Forts. v. 1. S.)

telpunkt der Vorschläge zur Exportsteigerung wird das Angebot an die USA und die westlichen Länder gestellt, durch Auftragserteilung nach Deutschland die in ihren Ländern nicht mehr ausreichende Kapazität durch deutsche Leistungen zu ergänzen.

### Mieter protestieren

In einer Protestkundgebung in Wiesbaden gegen die vorgesehene Erhöhung der Altbaumieten in Westdeutschland sowie die Einführung einer Wohnbausteuer warnte der Präsident des „Bundes westdeutscher Mieterverbände", Rembser, Regierung und Parlament vor den Folgen der geplanten Verteuerungen. In einer Resolution, die den zuständigen Landes- und Bundesbehörden zugeleitet werden soll, wird unterstrichen, daß jede Mietsteigerung eine weitere Verelendung der breiten Masse zur Folge haben müsse.

# Vier US-Divisionen genehmigt

**Kongreß soll vor weiteren Entsendungen befragt werden — Deutschland und Spanien im Verteidigungsplan?**

**Washington (UP). Der amerikanische Senat billigte die Entsendung von Truppen nach Europa. Die Verschickung von vier Divisionen wurde bestätigt und Präsident Truman empfohlen, vor der Entsendung weiterer Truppen die Genehmigung des Kongresses einzuholen.**

Der Senat nahm außerdem nach längerer Debatte einen Antrag der republikanischen Senatoren Joseph McCarthy und Owen Brewster an, in dem die Einbeziehung der deutschen Bundesrepublik und Spaniens in das Verteidigungssystem des Nord-Atlantik-Paktes gefordert wird. Die Abstimmung ergab 59 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen. Am Dienstag war ein ähnlicher Antrag McCarthys mit 44 gegen 44 Stimmen abgelehnt worden, der auch die Türkei und Griechenland einbezogen hatte. Die jetzt angenommene Entschließung hat keine bindende Kraft, sondern ist nur eine „Meinungsäußerung".

Der republikanische Senator Case erklärte: „Wir tragen bezüglich Deutschlands eine besondere Verantwortung. Wir würden einem Angriff auf Westdeutschland ebenso schnell und sicher entgegentreten wie einem Angriff auf einen Mitgliedstaat des Nordatlantikpaktes. Jeder Angriff auf Deutschland würde uns in einen allgemeinen ‚Schießkrieg' verwickeln. Es hat daher keinen Sinn, Deutschland von der Leistung eines Verteidigungsbeitrags auszuschließen." Der republikanische Senator Brehster sagte, die Hilfsquellen Deutschlands dürften nicht dem Gegner in die Hände gespielt werden. „Weder Deutschland noch Spanien sind natürliche Verbündete des Kommunismus. Daher sollten diese beiden Staaten zu natürlichen Verbündeten des Westens gemacht werden."

Gegen die Entschließung sprachen die demokratischen Senatoren Lehmann und Russell. Lehmann sagte, die Annahme der Entschließung würde nur die schwebenden Verhandlungen stören. Die Initiative müsse in jedem Fall von Deutschland und Spanien ausgehen, nicht von den USA.

### Zwei Jahre Atlantikpakt

In einer Erklärung zum 2. Jahrestag der Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes stellt Präsident Truman fest, daß sich der Wert des Paktes in diesen beiden Jahren bereits erwiesen habe. Der vor den Westmächten liegende Weg sei allerdings noch hart und beschwerlich. „Die Völker der Vereinigten Staaten und Europas müssen die schwere Last mit Entschlossenheit und Geduld auf sich nehmen. Ich bin davon überzeugt, daß unsere starken Bemühungen um die Sicherung des Friedens nicht erfolglos sein werden."

Truman, der auf die Rüstungsanstrengungen der USA und Westeuropas verwies, betonte, daß die unter dem Oberbefehl von General Eisenhower aufzustellende atlantische Verteidigungsstreitmacht die Wirksamkeit des Atlantikpaktes bedeutend erhöhen werde.

Der amerikanische Außenminister Acheson hat dem gegenwärtigen Präsidenten des Rates der Nordatlantikpaktmächte, dem belgischen Außenminister van Zeeland, eine Botschaft geschickt, in der er ausführt: „Die Erhaltung der Freiheit, der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit für die kommenden Generationen" hänge in großem Ausmaß vom Erfolg der gemeinsamen Bemühungen der 12 Mitgliedstaaten des Paktes ab.

Van Zeeland erklärte seinerseits, die bewaffnete Stärke des Westens müsse bis auf ein Maximum gesteigert werden. Durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Westeuropa und die Rückkehr General Eisenhowers als Oberbefehlshaber der nordatlantischen Streitkräfte, seien in der Verwirklichung des Paktes bereits große Fortschritte erzielt worden. Die schwerste Aufgabe stehe jedoch noch bevor.

### Auriol verließ New York

Nach einem Besuch des Hauptquartiers der UN reiste Staatspräsident Auriol Donnerstag nachts nach der kanadischen Hauptstadt Ottawa weiter. Zuvor hatte Auriol die Militärakademie in West Point besucht und ihren Leiter, Major General Frederik Irving, mit dem Kommandeurkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Der Präsident stattete ferner der Witwe des verstorbenen Präsidenten Roosevelt, Eleanor Roosevelt, auf dem Landsitz „Hyde Park" einen Besuch ab. Er legte am Grabe Roosevelts einen Kranz nieder und verharrte einige Minuten in stillem Gedenken.

### Mexiko gegen Truman

Auf der Außenministerkonferenz der amerikanischen Republiken in Washington brachte Mexiko Mittwoch einen Resolutionsentwurf ein, der von einer Minorität der Teilnehmer unterstützt wird und sich gegen die Verpflichtung der amerikanischen Republiken wendet, an jeder Stelle der Welt gegen den Kommunismus zu kämpfen. Eine solche Verpflichtung hatte die USA vorgeschlagen, wobei sie von Brasilien, Columbien, Cuba, Paraguay und Uruguy unterstützt wurden. Mexiko will dagegen eine strenge Begrenzung der gemeinsamen Verteidigung auf das Staatsgebiet der amerikanischen Republiken. Auch sollen keine Truppen für die Verwendung unter dem Oberbefehl der UN zur Verfügung gestellt werden

# Sowjetvorschläge erneut geändert

**Allgemeine Fragen können diskutiert werden**

**Paris (Ur). Am Mittwoch präsentierte der Sowjetdelegierte Gromyko den Westmächten wieder einmal eine „Neuformulierung" seiner Vorschläge, die sich jedoch kaum von dem am 28. März vorgelegten Tagesordnungsentwurf unterscheidet.**

Als wesentlichste Konzession an den Westen erscheint in dem neuen Vorschlag Gromykos die Fassung des Punktes, der sich mit den „augenblicklichen Spannungen" beschäftigt. Hier erklärte sich der Sowjetdelegierte bereit, nicht nur die „Ursachen", sondern auch die „Auswirkungen" der augenblicklichen internationalen Spannungen in Europa zur Diskussion zuzulassen. Der Westen hatte in seinem Tagesordnungsentwurf vom 2. März die Diskussion der „Auswirkungen" der Spannungen verlangt, um damit den sowjetischen Absichten zu begegnen, über einige europäische Probleme als „Ursache der internationalen Spannung" zu diskutieren, die nach Ansicht des Westens deren „Auswirkungen" sind. Als hauptsächlichstes Beispiel wird hier die Wiederaufrüstung Westdeutschlands genannt. Die Delegierten der Westmächte vertreten die Ansicht, daß deren Verteidigungsbemühungen das unmittelbare Resultat und damit eine „Auswirkung" der Furcht vor einer sowjetischen Aggression sind.

Eine weitere Änderung in Gromykos Entwurf bedeutet die Tatsache, daß nach der neuen Fassung nicht nur die Beziehungen der Großen Vier untereinander, sondern auch ganz allgemein „internationale Verträge und Vereinbarungen" besprochen werden können. Nach Ansicht der Westdiplomaten ist darnach die Möglichkeit gegeben, auch die Friedensverträge mit den Balkansatellitenstaaten der Sowjetunion zur Diskussion zu stellen.

### Queuille erhöht Steuern

Die französische Regierung hat die Telefongebühren um 20 Prozent erhöht und Pläne bekanntgegeben, die auf eine Erhöhung der Einkommensteuer in den höheren Einkommensklassen abzielen. Auf diese Weise sollen zusätzliche Mittel zur Deckung der den Regierungsangestellten gewährten Lohnerhöhungen beschafft werden. Die geplante Zusatzeinkommensteuer wird fünf Prozent aller Einkommen über 500 000 Francs — 6000 DM — jährlich betragen.

Ein umfassender Plan des Kabinetts zur Deckung des Budgetdefizits von rund 100 Milliarden Francs (1,2 Milliarden DM) ist bisher noch nicht zustande gekommen. Man hat beschlossen, diese Frage bis zur Rückkehr Präsident Auriols in der kommenden Woche zurückzustellen.

# China schickt Verstärkungen

**Vorbereitung einer Frühjahrsoffensive — Wechselvolle Kämpfe in Korea**

**Tokio (UP). Eine zweite amerikanische Division, die am Mittwoch den 38. Breitengrad überschritt, stieß auf den bisher heftigsten Widerstand seit Überquerung des Han-Flusses bei Seoul. Eine Kampfgruppe, die bei der Stadt Topyong nach Norden vorstieß, wurde mit 15-cm-Haubitzen beschossen, so daß der Vormarsch vorerst eingestellt werden mußte.**

Bei einem Gegenangriff an der westlichen Flanke der UN-Streitkräfte gelang es dem Gegner, Verbände der südkoreanischen Hauptstadtdivision trotz schweren Abwehrfeuers und großer Verluste über den Imjin-Fluß zurückzudrängen.

Die französische Regierung wird in Kürze weitere Freiwillige für Korea anwerben, gab General Charles Montclar, der Kommandeur des französischen Korea-Bataillons, bekannt.

Ein ständiger Strom chinesischer Verstärkungen geht gegenwärtig in die Mandschurei und nach Korea. Anscheinend wird die gesamte zweite Armee, die unter dem Kommando von General Lui Po Tschen in der Provinz Szetschuan stationiert war und aus sechs Armeekorps zu je drei Divisionen besteht, an die Front geschickt. Drei Korps dieser Armee sind bereits in Korea. Außerdem stehen drei Korps der ersten Armee (in Nordwestchina unter General Peng Teh Hui stationiert) sowie 19 Divisionen der vierten Armee unter General Lin Piao entweder in der Mandschurei oder in Nordchina nahe der mandschurischen Grenze.

### Peking will Hinrichtungen

Das Blatt der chinesischen Kommunisten, die „Pekinger Täglichen Nachrichten", forderte weitere Hinrichtungen, um die „Gegenrevolution zu unterdrücken". In einem Leitartikel heißt es: „Wir müssen die Fahne schwingen und die Trommeln schlagen, um die Gegenrevolution zu unterdrücken." Scharf werden die Genossen kritisiert, die sich bei der mitleidlosen Unterdrückung der Gegenrevolutionäre nicht wohl fühlen und der Ansicht sind, daß die Säuberungen zu weit gingen. Die Zeitung stellt dann fest, daß Spione, Agenten und Gegenrevolutionäre sich in Regierungs-, Wirtschafts- und kulturellen Stellen eingeschlichen haben. „Falls wir nicht die Massen mobilisieren", so schließt die Zeitung, „und die Feinde gründlich zerschmettern, dann wird die Gefahr ins Bodenlose wachsen."

---

**Beendet wurde der Sitzstreik** in drei spanischen Textilfabriken bei San Sebastian, den 1200 Arbeiter aus Protest gegen die hohen Lebenshaltungskosten angetreten hatten. Die Leitung der Werke hat versprochen, die Forderung der Arbeiter auf Erhöhung der Löhne zu prüfen.

## Zigarettenschmuggel-Prozeß unterbrochen

**Zwei Beschuldigte melden sich aus Haifa**

Düsseldorf (UP). Der vor einem Düsseldorfer Gericht eröffnete Prozeß gegen mehrere Angeklagte, die den Zoll für rund 45 Millionen amerikanische Zigaretten hinterzogen haben sollen, ist für 3 Monate ausgesetzt worden. Zwei der Beteiligten, die sich nach Israel abgesetzt hatten, haben nunmehr durch einen Rechtsanwalt aus Haifa erklären lassen, daß sechs der Zigarettentransporte in ihrem Auftrage ordnungsgemäß am Bestimmungsort eingetroffen seien. Ein siebter Transport sei von englischer Militärpolizei beschlagnahmt worden. Alle Transporte seien mit einwandfreien Papieren versehen gewesen. Da nach der deutschen Strafprozeßordnung diese Erklärung im Verfahren keine Gültigkeit hat, beschloß das Düsseldorfer Gericht, eine kommissarische Vernehmung der beiden Personen an Ort und Stelle in die Wege zu leiten.

## Keine Änderung in Dänemark

**Nur kleine Verschiebungen bei den Wahlen**

Kopenhagen (UP). Die Wahlen für das dänische Oberhaus (Landsting), haben keine Veränderungen des politischen Bildes ergeben. Es wird in Zukunft ungefähr die gleiche Zusammensetzung haben wie bisher: Die Regierungsparteien (Liberale und Konservative), und die Partei für Einfach-Besteuerung werden der Opposition (Sozialdemokraten und Radikalliberale) die Waage halten.

Die Sozialdemokraten und die Liberalen hatten kleine Gewinne zu verzeichnen, während die Stimmen der Konservativen zurückgingen und die Radikalliberalen ihre Stellung hielten. Die Kommunisten werden keinen Sitz erhalten.

Ministerpräsident Eriksen sagte, das Wahlergebnis sei ein Zeichen für die Beruhigung der politischen Lage, die Regierung werde daher ohne größere Schwierigkeiten ihr Programm verwirklichen können.

## Ölverhandlungen London — Washington

**Waffenlieferung an Ägypten eingestellt**

London (UP). Der britische Außenminister Morrison erklärte auf eine Anfrage im Unterhaus, Großbritannien und die USA stünden zur Zeit in Verhandlungen über die Entwicklungen, welche die Ölfelder im Mittleren Osten bedrohen. Morrison ließ durchblicken, daß möglicherweise eine gemeinsame Politik in diesen Gebieten ausgearbeitet werde. Großbritannien hat die Verschiffung von modernen Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen nach Ägypten eingestellt.

Gegen die Errichtung eines dritten chilenischen Stützpunktes in der Antarktis, die von Großbritannien beansprucht werden, erhob die britische Regierung formell Einspruch. Der Stützpunkt wurde im vergangenen Monat an der Westküste von Graham-Land errichtet.

## Ungarn rüstet gegen Jugoslawien

**Deserteure verrieten Geheimnisse**

Belgrad (UP). Zwei ungarische Grenzwachen flohen wegen „schlechter Behandlung" in der ungarischen Armee nach Jugoslawien. Die Deserteure berichteten, daß die Gebiete an der jugoslawisch-ungarischen Grenze mit zahlreichen Maschinengewehrnestern und kleinen Bunkern gespickt seien. Außerdem werde den ungarischen Soldaten erzählt, daß Jugoslawien eine Invasion plane. Mehrere Dörfer an der Grenze seien geräumt worden, während die Straße Budapest-Triest um zwei Meter erweitert werde, um auch schweren Panzern Bewegungsmöglichkeiten zu geben. Insgesamt sind im vergangenen Jahr 112 „uniformierte Personen" aus den Nachbarstaaten nach Jugoslawien geflohen.

## Iran-Vertreter in Bonn abberufen

**Er soll Außenminister in Teheran werden**

Teheran (UP). Die für Samstag vorgesehene Reise des Schahs von Iran nach Jordanien ist nach Mitteilung informierter Kreise verschoben worden. Wie verlautet, leidet der Schah an Blindarmreizung.

Der iranische Ministerpräsident Ala forderte den diplomatischen Vertreter des Iran in Bonn, Abdolla Entezam, telegrafisch auf, nach Teheran zurückzukehren, um den Posten des Außenministers zu übernehmen. — Abdolla Entezam ist ein Bruder des gegenwärtigen Präsidenten der UN-Vollversammlung, Nasrollah Entezam. Gleichzeitig wurde General Fazollah Zahedi zum Innenminister und Generalstabschef Hassan Arfa zum Minister für Straßenbau ernannt.

## Notizen in Kürze mit Würze

**Doris darf nicht fernschreiben**

Die Benutzung des Bundestagfernschreibers ist dem Abgeordneten Dr. Doris (Sozialistische Reichspartei) ein für alle Mal verboten, gab Bundestagspräsident Ehlers vor dem Plenum bekannt. Doris hatte dem bayerischen Innenminister ein Fernschreiben geschickt, in dem er das Verbot der SRP in Bayern als verfassungswidrig bezeichnete und dem Innenminister Hogner kurz und bündig erklärte: „Sie sind das verächtlichste Subjekt, das die deutsche Erde je getragen hat, weil sie sich als freiwilliger Hinrichtungszeuge in Nürnberg hergegeben haben".

**Jeden Tag Erbsen und Bohnen**

Mr. Freeman Towns in Detroit (USA) wurde schuldlos geschieden, nachdem er dem Gericht nachzuweisen vermochte, daß ihm seine Frau jeden Tag Erbsen und Bohnen als Mittagsmahl vorsetzte. Der Scheidungsrichter verkündete: „Ihre Ehe ist geschieden. Sie brauchen eine andere Frau — und eine andere Küche."

**Putzfrauen revoltieren**

Ein Beschluß der schwedischen Regierung, die Amtsräume der Verwaltungsbehörden nur noch jeden zweiten Tag rein machen zu lassen, um auf diese Weise jährlich 17 Millionen Schweden-Kronen zu sparen, ist bei den Putzfrauen auf schärfsten Protest gestoßen. Sie revoltieren und drohen mit Streik. Sie kündigten an, im Falle der Beibehaltung dieses Beschlusses die Amtsräume des Ministerpräsidenten überhaupt nicht mehr zu reinigen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

## Aus der Stadt Ettlingen

### Allerlei Aufführungen

Es gehört zum guten Ton, daß in jedem Ort in regelmäßigen Abständen eine Ur- oder wenigstens Erstaufführung stattfindet, handle es sich nun um Filme oder Theaterstücke. Besondere Delikatessen sind „deutsche" Ur- oder Erstaufführungen, und damit die Verwirrung noch größer wird, darf man wenigstens einmal im Jahre eine „Welturaufführung" miterleben. Nicht zu vergessen sind ferner die zahlreichen Premieren, die ja scheinbar nichts Besonderes mehr sind.

Wie wäre es, lieber Leser, wenn Du Dir die Mühe nehmen würdest, Dich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden? Versuche, die verschiedenen Aufführungsbegriffe zu sortieren und „hinwegzutun, was hinderlich"!

Also: Jeder Film und jedes Theaterstück kann auf der ganzen Welt nur einmal, an einem einzigen Abend, uraufgeführt werden. Es sind ihm lediglich noch Erstaufführungen in anderen Ländern, wenn man es ganz genau nimmt, auch in verschiedenen Städten beschieden. Eine Erstaufführung kann ebenfalls nur an einem Abend stattfinden und heißt im allgemeinen Premiere. Unsere Großeltern kannten keinen Unterschied zwischen den drei Begriffen: Die allererste Aufführung eines Stükkes bedeutete für sie Ur- und Erstaufführung und Premiere zugleich. Seien wir ehrlich: es waren vernünftige Leute, unsere Großeltern!

Die Lösung der anscheinend komplizierten Aufgabe ist einfach, nicht wahr? Und doch wird es immer wieder tüchtige Reklameleute geben, die „Welturaufführungen" oder gar „verlängerte Erstaufführungen" ankündigen. Leider. Aber bitte nicht ärgern! Sie wissen es ja nun besser. Und wer es besser weiß, gehört zu den überlegen lächelnden Philosophen. st.

---

### Einen Radfahrer angefahren

Auf der Rastatter Straße fuhr am 4. April um 13.30 Uhr ein Lastwagen mit Anhänger zu scharf nach rechts, so daß ein Radfahrer, der auf der rechten Straßenseite fuhr, in einer Wasserablaufrinne zu Fall kam, wodurch das neue Fahrrad sehr stark demoliert wurde. Der Schaden beträgt 120 DM. Der Lkw fuhr unerkannt weiter.

Ein weiterer Unfall ereignete sich um 15.45 Uhr bei der Rathausbrücke. Zwei Radfahrer stießen zusammen. Ein Fahrrad weist Beschädigungen im Wert von etwa 15 DM auf.

### Schwere Verbrennungen

erlitt bei einem Unglücksfall in der Firma Junker & Ruh (Karlsruhe) durch Auslaufen von Lauge der 15-jährige Lehrling Helmut Hagemann, Sohn von Fritz Hagemann. Der Verunglückte, der sich auf den Abend seiner Ettlinger Jugendgruppe gefreut hatte, mußte ins neue Vinzentius-Krankenhaus Karlsruhe gebracht werden, wo die ärztliche Kunst hoffentlich sein Leben retten kann.

### Die E3 gratuliert

Frau Kreszentia Ganz, Witwe, vollendet am 5. April ihr 80. Lebensjahr. Frau Ganz wohnt Pforzheimer Str. 61.

**Pfaffenrot.** Josef Steiner feiert am 6. April sein 25-jähriges Arbeitsjubiläum als Spezialfacharbeiter im Betrieb der Maschinenfabrik Zurstraßen, Ettlingen.

### Vereins-Nachrichten

**TuS Ettlingen — Abt. Fußball**

Heute abend um 20 Uhr Training in der Markthalle. Anschließend Besprechung sämtlicher Spieler im Vereinslokal.

**Touristenverein „Die Naturfreunde"**

Am Samstag, 7. April, beteiligt sich der Verein beim Bezirkstreffen in Durlach (Festhalle). Abfahrt mit Omnibus um 19.00 Uhr beim Schloß.

**Notgemeinschaft ehem. berufsmäßiger Wehrmachtsangehöriger und ihrer Hinterbliebenen**
Ortsgruppe Ettlingen

Samstag, 7. April, 20.15 Uhr im „Rebstock" Monatsversammlung mit zwei wichtigen Referaten. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder dringend erbeten.

**Luftsportverein Albgau!**

Am kommenden Sonntag, den 8. April 1951, findet morgens um 10 Uhr im Gasthaus „zum Alten Fritz" in Ettlingen die Hauptgründungsversammlung statt. Sämtliche Mitglieder werden freundlichst um ihr Erscheinen gebeten. Ebenso sind alle noch nicht vereinsgebundenen Flieger und Anhänger des Fluggedankens im Interesse des Luftsports zu dieser richtungweisenden Zusammenkunft aufs herzlichste eingeladen!

Luftsportverein Albgau E. V. I. A. Frank

VHS

**Blick in die belebte Natur**

Mit Lichtbildern führt Sie der Vortragende in den Frühling. „Die Augen auf, der Lenz ist da", könnte man sagen. Was wir aber mit freiem Auge nicht sehen können — die Wunder des Mikrokosmos — wird Ihnen dargeboten im Film und Mikroprojektion. Freude und Liebe zur Natur — das sind die Leitmotive des Vortrages „Streifzug durch die Biologie", den Dr. Walter Gerlich am Freitagabend 20 Uhr in der Aula halten wird. Gerade jetzt beim Wiedererwachen der Natur ist dieser allgemeinverständliche Film- und Lichtbildervortrag für jedermann interessant. Dr. Gerlich hat sich schon durch Ausstellungen und Exkursionen für die Vertiefung biologischer Kenntnisse in Ettlingen eingesetzt und wird durch seinen Vortrag in der VHS erneut das Naturverständnis stärken.

# Die Werte des Theaters pflegen

**Vortrag von Staatsintendant Wolff über „aktuelle Theaterfragen" — Rege Beteiligung an der Diskussion**

Am Sonntag veranstaltete die Theaterleitung einen Vortrag von Staatsintendant Wolff mit anschließender Diskussion. Die rege Beteiligung trotz der ungünstigen Stunde bewies, daß das Theater wirklich lebt und zwar mehr, als es gewisse Kritiker oft wahrhaben wollen. Zu der Aussprache hatten sich die Leiter der Gruppen Technik, Verwaltung, Betriebsrat, Oper, Operette und Schauspiel auf der Bühne des Schauspielhauses versammelt. Die einleitenden Worte sprach Waldemar Leitgeb. Er gab gleichzeitig das Stichwort „Theaterkrise" ...

**Deutschland — Musterland gemeinnütziger Kulturpflege**

Staatsintendant Wolff wies zunächst den Beginn der augenblicklichen Krise auf, die bei der Umwandlung vom Hof- in das Staatstheater begann. Ab jenem Zeitpunkt wurden die Theater Objekte der Staats- bzw. Stadtpolitik. Deutschland, das Land vorbildlicher gemeinnütziger Kulturpflege aber hatte von jeher eine Ausnahmestellung gegenüber anderen Ländern inne. Keinesfalls dürfe die fortschreitende Demokratisierung heute nun die Meinung aufkommen lassen, als ob das Theater gar Privatsache sei.

Über allem stehe die künstlerische Zweckbestimmung: Das deutsche Volk schöpfe aus ihm immer neue Quellen der Kraft, gerade in einer Zeit drohender Verflachung mit ihren weitreichenden Folgen dürfe nicht verzichtet werden auf diese Beeinflussung des Menschen in gutem Sinne. Die Werte des Theaters, so meinte der Staatsintendant, seien nicht mit dem Rechenstift zu bemessen. Das sei zu bedenken, wenn die Städte in jedem Jahre bei der Aufstellung der Haushaltspläne sich nach einem Maßstab bemühten, um die Ausgaben für die Theater in ein Verhältnis zu anderen Verpflichtungen zu bringen. Vor der Loslösung aus dem grauen Alltag würden die spekulativen Erwägungen weichen.

**Der „Aktualitätspsychose" wird nicht nachgegeben!**

Durch eine allabendliche genaue Beobachtung der Reaktion des Publikums und vor allem durch die Kassen- bzw. Mißerfolge sei man aufs genaueste über den Publikumsgeschmack orientiert. Heute besuche nicht mehr eine privilegierte Schicht die Vorstellungen, das breite Publikum aber liebe eine unbeschwerte Flucht in die ruhevollere Vergangenheit, der andere Teil suche Erholung bei den Klassikern. Es gelte der Satz: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen!" Gegen den Versuch, einer gewissen Aktualitätspsychose nachzugeben, die das deutsche Theater beherrschen wolle, sprächen aber Erfahrungstatsachen. Man könne sich Risiken nicht leisten. In Wirklichkeit gebe es keine überzeugende dichterische Aussage in der Gegenwart, ausgenommen Zuckmayers „Des Teufels General". So leuchte es denn ein, daß das „Geschäftstheater" mit dem „Kulturtheater" in der Disposition uniert werden müsse. Man könne nicht verlangen, daß von den 70 deutschen Theatern jedes in jedem Jahr eine gute Uraufführung bringe! „Zur Realisierung solch kühner Pläne", meinte der Staatsintendant wörtlich, „genügt es nicht, daß auf der Bühne mehr Schauspieler als auf dem Parkett Zuschauer sind!" Selbst das Begehen des Mittelweges habe schwerste Defizite gebracht: Es handelte sich um den Versuch, durch auswärtige Bühnen zeitgemäße Stücke aufführen zu lassen.

**Jugendbühne hat 7000 Abonnenten**

Dann zählte Staatsintendant Wolff die Leistungen des Theaters in den letzten 10 Monaten auf: Bei insgesamt 23 völlig eigenen Neuinszenierungen brachte das Schauspiel 31 verschiedene Sprechstücke, die Oper dagegen wies mit 12 Neuinszenierungen und der Wiederholung bedeutender Werke 21, die Operette 9 Stücke auf. So hatte bei zusammen 43 Einstudierungen in 10 Monaten jeder Karlsruher jeden fünften Tag die Möglichkeit, ein neues Stück zu sehen! Kritiken in dieser Richtung müsse er ablehnen, besonders soweit sie das Personal beträfen, das in anerkennenswertester Pflichterfüllung nach Höchstem strebe! Er habe als Intendant selbst 8 große Operetten inszeniert, habe aber jetzt einen Operettenspielleiter verpflichten müssen.

**Mangelhafte technische Voraussetzungen**

Mit den technischen Voraussetzungen sei es sehr schlecht bestellt. Die Schlosserei gleiche einem Kinderspielzimmer, die Kulissen müßten in der Stadthalle bemalt und oft noch naß transportiert werden. Die Schneiderei arbeite bei Tag und Nacht. Dabei müßten tausendfache Rücksichten beim Personal, das arbeitsüberlastet sei, eingehalten und Krankheitsfälle überbrückt sein. Er richte daher den Appell an Staat und Stadt, sich dieser Dinge einmal anzunehmen.

**Es fehlt an Nachwuchs**

Eine Kardinalfrage in allen deutschen Theatern sei die des guten Nachwuchses. Es sei das Gegebene, wenn man sich durch die Möglichkeit des Abschließens langfristiger Verträge ein festes Ensemble bilden könne.

Nach Bekanntgabe der Neueinstudierungen für die kommende Spielsaison richtete der Staatsintendant an alle einen Appell, mit dem Personal des Theaters das wahre Volkstheater der Zukunft zu bauen.

In der anschließenden Diskussion versicherte Dr. Gutenkunst nochmals den Willen des überwiegenden Teils des Stadtrates, bis zum äußerst Vertretbaren Zuschüsse zu gewähren. Da die Zuschüsse aber je zur Hälfte vom Staat und Stadt bestritten würden, könne der Staat nicht mehr als die von der Stadt genehmigte Summe gewähren. Mit Hilfe einer Lotterie wolle man versuchen, Geld für die Werkstätten zu erhalten.

•

Der Karlsruher Stadtrat hat am Dienstag mit 28 gegen 18 Stimmen bei einer Stimmenenthaltung genehmigt, daß das Bad. Staatstheater für das Haushaltsjahr 1951 einen städtischen Zuschuß von 886 600 DM (einschließlich 180 000 DM Pensionszahlungen) erhält. Vertragsgemäß übernimmt das Land den gleichen Betrag. Bei fast allen Parteien gab es befürwortende und ablehnende Stimmen.

# Von Gott zu heiligem Dienst berufen

**Vortrag über den Priesterstand in der Wochenversammlung der Kolpingsfamilie Ettlingen**

In der letzten Wochenversammlung der Kolpingsfamilie sprach H. H. Kaplan Eichhorn über den Priester und sein Verhältnis zu seiner Umwelt. Er stellte fest, daß zwischen dem Geistlichen und den Weltmenschen eine Fremdheit besteht, hervorgerufen dadurch, daß der Priester in vielen weltlichen Dingen Distanz üben muß. So wird z. B. der Priester, der grundsätzlich den Film und den Rundfunk nicht ablehnt, immer dann gegen diese Dinge Stellung nehmen, wenn er sieht, daß daraus Gelegenheiten zum sittlichen und religiösen Schiffbruch besonders erwachsen für die unerfahrene Jugend. Besonders aber wird er warnen vor der Kinosucht, die heute in geradezu erschreckendem Maß unter der Jugend um sich gegriffen hat. Ebenso wendet er sich mit aller Schärfe und wehem Herzen gegen jede sittliche Verirrung, befürwortet aber im Gegensatz dazu ein geordnetes, dem hl. Willen Gottes entsprechendes Liebesleben. Desgleichen stellt er sich gegen jeden übertriebenen Körperkult, denn leider gibt es heute Menschen, und das sind nicht wenige, die über den Sport alle geistigen Werte in Vergessenheit geraten lassen.

Der Referent führte aus, daß allein schon in diesen Fragen der Priester selbst von den Gläubigen nicht immer richtig verstanden wird. Viel schärferen Vorwürfen sei aber die Geistlichkeit ausgesetzt von Menschen, die sich eine eigene freie Religion aufgebaut haben. So ist es vor allem die Ehelosigkeit, die dem Priester oft zum Vorwurf gemacht wird. Man behauptet, dadurch würde der Priester im Gegensatz zu den Naturgesetzen stehen, vergißt aber dabei, daß ein Geistlicher nicht allein durchs Leben geht. Durch seine Weihe ist er aufs innigste mit Christus verbunden. Er leistet Verzicht auf Ehe und Familie, um Gott allein und ganz zu gewinnen und zu dienen. So wie Christus geheimnisvoll vermählt ist mit seiner Kirche und er ihr Haupt ist, so ist der Priester gleichsam vermählt mit der Gemeinde, die ihm anvertraut ist. Und im Namen des Welterlösers ist er ihr sichtbares Haupt, wie der Vater das Haupt der Familie ist. Was der Priester in seiner fruchtbaren Ehelosigkeit, in der er ungeteilt für alle da ist, für die Menschen bedeutet, vollzieht sich zumeist in der Stille; keine Statistik erfaßt seine Taten. Und selten erfährt die Welt davon, wie er glückhaft entscheidend in die Geschichte einer Seele eingegriffen, wie er das Gewissen geformt und durch Vermittlung der Gnade die Menschen den Weg zu Gott geführt hat.

Ebenso unüberlegt wird gegen den Priester oft der Vorwurf erhoben, er stehe auf Seiten der Reichen, weil er im Sinne der Kirche das Eigentum verteidigt. Dabei vergißt man aber, daß die meisten Priester gar nicht aus diesen Kreisen kommen. Und urteilen wir einmal gerecht: Spendet der Priester nicht allen Menschenkindern ohne Rücksicht auf den Stand das hl. Sakrament der Taufe, reicht der Priester nicht jedem Menschenkind das Brot des ewigen Lebens, sofern der Mensch dies zu würdigen vermag, richtet der Priester nicht jeden in die Sünde gefallenen Menschen im Namen Gottes wieder auf und versöhnt ihn mit Gott im Bußsakrament? Spendet der Priester nicht jedem Menschenkind, das zum Traualtar kommt, seinen Segen? Heiligt und stärkt der Priester nicht jeden Kranken, der ihn ruft, mit dem heiligen Öl, und geleitete er nicht jeden Leib eines Verstorbenen mit Zeremonien bis zum Grabe? Haben sich all diejenigen, die diesen Vorwurf gegen die Priester erheben, schon einmal Gedanken darüber gemacht, wie viele Not durch den Priester schon gelindert wurde? Der Priester kennt in all seinem Tun und Handeln nur die Liebe im Dienst Gottes und seiner ihm anvertrauten Gemeinde.

Oft hört man auch den ungerechten Vorwurf, der Priester will regieren und er regiert durch den Beichtstuhl. Alles was im Beichtstuhl gesprochen wird, dient nur dem Seelenheil der Menschen. Alle Fragen, die gestellt werden, sind seelenärztliche Fragen, gestellt vom Priester, um dem Menschen zu helfen und ihn mit Gott zu versöhnen.

Zum Schluß ermahnte H. H. Kaplan Eichhorn alle Kolpingssöhne im Urteil gegen einen Priester immer gerecht zu sein und die Würde seines Amtes zu ehren, denn Priester sind von Gott zu seinem hl. Dienst gerufen.

---

**Um 10 Prozent weniger Arbeitslose im März**

Die Zahl der Arbeitslosen in Württemberg-Baden ist im März um 6699 auf 56 234 zurückgegangen. Im Februar war eine Abnahme um fast 13 000 Arbeitslose zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen lag Ende März um über 2 000 unter dem Stand von Ende März 1950 und noch knapp um 10 000 über dem niedrigsten Stand des vergangenen Jahres. Der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit entfiel auf die Bauberufe.

## Aus dem Albgau

### Burbach

**Wieder Wildschweinplage**

**Burbach.** Die Wildschweinplage ist in der letzten Zeit wieder sehr stark in den Vordergrund getreten und bereitet den Landwirten große Sorgen. Die Tatsache, daß ganze Rudel sich am hellen Tage in Rufweide zum Dorf auf den Feldern tummeln, beleuchtet klar die Situation, wie sie dadurch entstanden ist, daß man den deutschen Jägern die Schußwaffen aus den Händen nahm. Daß damit aber auch nichts Entscheidendes gegen die Schwarzwildplage unternommen werden kann, liegt auf der Hand. Aus diesem Grund begrüßen es die Einwohner jedesmal dankbar, wenn amerikanische Soldaten in den Wäldern um Burbach von Zeit zu Zeit eine Treibjagd auf Wildschweine veranstalten. Dies war auch am vergangenen Sonntag der Fall, als eine Gruppe amerikanischer Offiziere und Soldaten zusammen mit einer Anzahl einheimischer Treiber den Staatswald südlich des Dorfes durchkämmten. Wenn auch die Stückzahl der erlegten Sauen gering war, — sie betrug nur ein trächtiges Mutterschwein, — so war doch dieser Erfolg nicht so unbedeutend, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Denn die erlegte Sau stand etwa 14 Tage vor dem Wurf und hätte damit sicher zur Vermehrung der Plagegeister beigetragen, wenn sie nicht rechtzeitig die Kugel des Jägers erreicht hätte.

**Pfuscharbeit bei Elektroanlagen**

Als in den letzten Wochen des vergangenen Jahres ein Ingenieur des Badenwerks sämtliche Häuser und Wohnungen des Dorfes einer eingehenden Prüfung unterzog, um vorschriftswidrige elektrische Anlagen zu ermitteln, da gab es nur wenige Häuser, die frei von Beanstandungen blieben. Denn allzu stark war man in der Kriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren auf die eigene Tüchtigkeit angewiesen, wenn irgendeine Handwerksarbeit auszuführen war. So wurde gemeinhin nach dem alten Sprichwort verfahren: „Die Axt im Haus erspart den Zimmermann!" Allerdings war hierzu der kontrollierende Ingenieur anderer Ansicht; er beurteilte die selbstgefertigten Anlagen kurzerhand als „Pfusch" und verpflichtete den Hausbesitzer unterschriftlich, die Beanstandungen innerhalb einer bestimmten Frist abstellen zu lassen. Im Zuge dieser Überprüfung sämtlicher elektrischer Anlagen im Dorf sind nun gegenwärtig eine ganze Reihe von Elektrikern mit Eifer am Werk, um die anstehenden Arbeiten fristgerecht zu erledigen. Und allenthalben ist zu beobachten, daß die Mienen der Handwerker durchweg fröhlicher und als die der betroffenen Hausbesitzer. -st-

### Busenbach

**Kriegsopfer-Versammlung am Freitag**

**Busenbach.** Seit Jahren schon warten die Kriegsopfer in der Bundesrepublik auf eine angemessene Erhöhung ihrer mehr als kargen Rente. Als daher der Bundestag im Oktober 1950 das neue Versorgungsgesetz annahm, zog neue Hoffnung in die Herzen von Millionen von Kriegsbeschädigten, Witwen, Waisen und Kriegereltern. Endlich hat sich ein Parlament gefunden, das sich seiner Verpflichtung, den Opfern zweier Weltkriege zu einer gesicherten Existenz und Lebensgrundlage zu verhelfen, bewußt wurde. Als gar noch der in den Belangen der Kriegsopfer federführende Minister Anton Storch in Bonn bei der Schlußabstimmung im Bundestag erklärte, er könne sich nicht denken, daß es die Kriegsopfer im Land verstehen könnten, daß sie nochmals zwei bis drei Monate auf die höhere Rente warten müßten, wenn das Gesetz rückwirkend ab 1. April 1950 gelten soll, waren die Kriegsopfer voll Freude, vielleicht noch auf Weihnachten die neue Rente ausbezahlt zu bekommen. Weit gefehlt. Sechs Monate sind nun ins Land gegangen und noch hat kein Kriegsbeschädigter od. Kriegerwitwe die neue erhöhten Rentenbezüge. Die erlassenen Ausführungsbestimmungen bringen es nun auch noch mit sich, daß es noch lange Monate, ja vielleicht Jahre dauert, bis alle Beschädigten in den Genuß ihrer Rente kommen werden. Viele werden sie vielleicht nicht mehr brauchen. Die neuen Renten müssen durch die fortwährende Preissteigerung jetzt schon als überholt gelten, noch bevor sie zur Berechnung und Auszahlung kommen. Daß demnach die Stimmung in den Kreisen der Kriegsopfer auf Sturm steht, ist zu verstehen.

Um gegen diese unhaltbaren Zustände zu protestieren, hält die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen am Freitagabend 8 Uhr in der „Sonne" eine außerordentliche Versammlung ab, wozu alle Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegereltern, auch die der Nachbarorte, herzlich eingeladen sind. Ein Vertreter der Kreisgeschäftsstelle des Verbandes in Karlsruhe sowie ein Vertreter des Versorgungsamtes werden in der Versammlung sprechen. In dieser Versammlung können die Kriegsopfer ihrer gegenwärtigen Stimmung Ausdruck geben.

Ihren 73. Geburtstag feiert am Freitag, den 9. April, Frau Rosa Deger, geb. Eble, und am 9. April vollendet Basilius Becker sein 86. Lebensjahr. Wir gratulieren herzlich.

### Ettlingenweier

**Baufragen vor der Bürgerversammlung**

**Ettlingenweier.** Am Freitag, den 30. März fand im Schulsaal der Mädchenberufsschule eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt, die von den Bürgern der Gemeinde recht gut besucht war. Nach kurzer Begrüßung der Anwesenden durch Bürgermeister Richard Lumpp gab dieser zunächst die Gemeinderatsmitglieder für die laut Beschluß des Gemeinderats gebildeten Ausschüsse für das Landwirtschafts-, Fürsorge-, Wohnungs- und Finanzwesen bekannt. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt das Legen einer Wasserlei-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

tung zu den etwa 150 Meter außerhalb des Ortsetters gelegenen Neubau der Witwe Lydia Asser. Die Erstellerin des Neubaues, die im Sommer letzten Jahres ihren Mann durch einen tragischen Unglücksfall und dadurch auch den Ernährer verlor, befindet sich heute durch die Erstellung des Neubaues in einer schwierigen finanziellen Lage und sieht sich außerstande, auch noch die Kosten für das Legen der Wasserleitung zu übernehmen. Aus reinem Menschlichkeitsgefühl heraus, andererseits aber auch um die Fertigstellung dieses Zweifamilienhauses zu sichern, erklärte sich der Gemeinderat bereit, die Kosten in einer Höhe von etwa 500 DM für das Legen einer 1 Zoll-Leitung zu dem Neubau aus der Gemeindekasse zu bestreiten.

Als Punkt 2 der Tagesordnung stand die Vorlage der Rechnungen des Architekten Josef Mösle von Oberweier für die Bearbeitung der Baupläne für den Gemeindeneubau, für die Bearbeitung und Lieferung der Treppenanlagen zum Neubau zur Debatte. Nach Prüfung der Rechnungen, die in Ordnung befunden wurden, soll die Zahlungsanweisung aus der Gemeindekasse an diesen erfolgen.

Mit den Pflästererarbeiten für einen etwa 30 qm betragenden schmalen Gehweg zu den Hauseingängen des Neubaues wurde der Pflästerer Muck aus Malsch für 2.50 DM Arbeitslohn pro qm beauftragt.

Auch der Antrag der Waldarbeiter um Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 70 Pfg. für die Kulturwaldarbeiten wurde angenommen. Die Erhöhung tritt sofort in Kraft.

Damit war die Tagesordnung erledigt und es erfolgten zum Schluß noch einige Wünsche und Anträge aus der Reihe der Bürger, die aber erst in einer späteren öffentlichen Sitzung näher erörtert werden sollen. Gegen 1/411 Uhr konnte Bürgermeister Lumpp die ruhig verlaufene Sitzung schließen.

Am 31. März wurde die im Alter von 84 Jahren verstorbene Witwe Josefine Lumpp geb. Speck zu Grabe getragen.

Zur erhebenden Feiergestaltung der Erstkommunion am Weißen Sonntag trug der Kirchenchor unter Leitung von Frau Lina Lumpp wesentlich bei. Eingeleitet wurde die Feier durch den vierstimmigen gemischten Chor „Das ist der Tag, den der Herr gemacht" mit Orgelbegleitung. Während des feierlichen Hochamtes brachte der Chor die Messe „Stabat mater" von Singenberger zu Gehör. Der ziemlich schwierige Chor „Halleluja" von Händel und als Schlußchor Robert Führers berühmtes Auferstehungslied „Der Herr ist erstanden" mit Orgelbegleitung zeigten, daß der Kirchenchor in gesanglicher Leistung wirklich auf der Höhe ist. Umrahmt wurde die Feier weiter noch durch zwei Violinsolis mit Orgelbegleitung durch stud. jur. Albert Speck und zwar durch das Largo von Händel und „Ave verum" von Mozart.

## Wolfartsweier

**Entschädigung für Nutzungsentgang**

Bei dem Forum in Wolfartsweier am 22. November 1949 wurde u. a. von einem Teilnehmer die Frage aufgeworfen, warum die Grundstückseigentümer, die ihre Grundstücke beim Bau der Autobahn abgeben mußten, seit 1942 keine Entschädigung für Nutzungsentgang mehr erhielten. Bei Verhandlungen mit dem Technischen Landesamt — Abt. Autobahnen Stuttgart — erhielt das Landratsamt folgende Auskunft:

„Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 6. 9. 1950 III Ig 3 Le teilen wir Ihnen mit, daß den Grundstückseigentümern, die Teilflächen zur Anlage eines Grabens im Gewann „Leining" abgetreten haben, für die Jahre 1943 bis 1950 inzwischen die Entschädigung für Nutzungsentgang gezahlt wurde. Für die außerdem noch zur Autobahn selbst zu erwerbenden Grundstücke erhalten die Eigentümer für die Zeit von der Inanspruchnahme der Grundstücke bis zum Tage des Abschlusses des Kaufvertrages (Zahlung des Kaufpreises) eine entsprechende Ertragsausfallentchädigung."

Die Forumsanfrage hat also durch die Bemühungen des Landratsamts Erfolg gehabt.

# Kindergarten und Jugendheim für Spessart

**Öffentliche Gemeinderatssitzung**

**Spessart.** Für die am 3. April stattgefundene öffentliche Gemeinderatssitzung lag ein reichhaltiges Programm vor. Die zahlreiche Teilnahme seitens der Bürgerschaft an der Sitzung ließ auf großes Interesse an der Materie schließen. Bürgermeister Häffner konnte die Sitzung pünktlich eröffnen. Es wurden zu Beginn einige Verfügungen des Landratsamts bekanntgegeben. So u. a. eine Verfügung über das Wohnungsprogramm des lfd. Rechnungsjahres. Etwas merkwürdig ist diese Bekanntmachung insofern, als man überall noch Wohnungen dringend braucht und man erwarten sollte, daß auch die öffentliche Hand alle Bauwilligen tatkräftig unterstütze im Sinne der Behebung oder wenigstens einer Linderung der Wohnungsnot; statt dessen scheint man behördlicherseits die Lust zum Bauen ordentlich dämpfen zu wollen. Gewiß, die öffentlichen Mittel sind spärlich. Aber man kann sich trotzdem des Eindrucks nicht erwehren, als würde eine künstliche Drosselung auf dem Baumarkt nicht ungern geduldet. Wie verträgt sich das mit dem Schlagwort von der „Linderung der Wohnungsnot"?

In einer weiteren Verfügung wurde erneut und eindeutig darauf hingewiesen, daß die Verwaltung der Gemeinde in den Händen des Gemeinderates liegt. Nach einer weniger erfreulichen Debatte wurde schließlich der Beschluß gefaßt, ebenfalls angeregt durch landratsamtliche Verfügung vom 20. 3. 51 die Teuerungszulage für den Bürgermeister und die Gemeindebediensteten bis auf weiteres zu belassen. — Ein Antrag des Lehrers Barth auf Erstellung eines Jugendheims wurde mit Interesse entgegengenommen. Am guten Willen seitens der Gemeinde fehlt es nicht, aber am nötigen Geld. Diese Angelegenheit soll in einer besonderen Sitzung Gegenstand eingehender Behandlung sein. In diesem Zusammenhang wurde auch wieder einmal die Frage eines immer noch fehlenden Kindergartens mit Nähschule und Schwesterwohnung aufgeworfen. Dies alles ist ein dringendes Bedürfnis in unserer Gemeinde und sollte in der nächsten Zukunft in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden. Die zweckdienliche Lösung wäre vielleicht ein gemeindeeigenes Haus, in dem neben dem Jugendheim zugleich ein Kindergarten mit Nähschule und Schwesternwohnung untergebracht werden könnten. Interimslösungen sind Stückwerk und nur auf kurze Dauer. Praktisch bedeutet dies, daß dadurch nichts gespart würde. Die Anregung von Lehrer Barth ist jedenfalls zu begrüßen. Die Gemeindeverwaltung wird im Rahmen des Möglichen ihre Unterstützung nicht versagen. Ob die an Jugendheimen interessierten amtlichen Stellen einem sogenannten Gemeinschaftshaus ihre finanzielle Unterstützung gewähren, muß noch geprüft werden.

Der Bürgermeister gab in dieser Sitzung auch den Prüfungsbescheid der Gemeinderechnung 1948/49 bekannt. Nennenswerte Beanstandungen wurden nicht gemacht.

Es wurde ferner ein Kostenvoranschlag für die Wiederinstandsetzung der verwaisten Lehrerwohnung im alten Schulhaus vorgelegt, der sich auf etwa 400—450 DM beläuft. Diese Wohnung ist in einem sehr schlechten Zustand und kann vor einer Renovierung nicht bezogen werden.

Die Gemeinde bringt allen kulturellen Bestrebungen größtes Interesse entgegen und hat daher beschlossen, einen Beitrag zur Förderung solcher Bemühungen an die einzelnen Vereine zu leisten. Aufgefallen ist, daß hierbei die Kolpingsfamilie nicht genannt wurde, die zweifellos eine der bedeutendsten kulturellen Vereinigungen ist.

Die Erstellung eines Holzschuppens hat sich als notwendig erwiesen. Ein vorliegender Plan hierfür wurde gutgeheißen. Die Durchführung wurde beschlossen.

**Spessart.** Am kommenden Sonntag findet im Adlersaal eine Tanzveranstaltung statt. Es spielt erstmals die Tanzkapelle „Donau". — Am Samstagabend war im „Strauß" eine Verwaltungssitzung der Freiw. Feuerwehr. — Am Mittwochabend versammelte sich der Gemeinderat im alten Schulhaus und beschloß die Instandsetzung der Wohnung, in welcher Fräulein Decker wohnte. Die Arbeiten wurden bereits vergeben. Fenster, Böden, Wasserstein müssen teilweise erneuert werden. Bis etwa Mitte April wird die Wohnung hergerichtet sein.

## Schöllbronn

**Schöllbronn.** Der vor 25 Jahren mit Familie nach Amerika ausgewanderte Hermann Wipfler, Sohn des verstorbenen Waldhüters Dominik Wipfler, ist mit seiner Frau zu einem sechswöchigen Besuch in der Heimat eingetroffen. Wir wünschen den beiden gute Tage in ihrer alten Heimat. In den 25 Jahren seiner Abwesenheit sind mehrere seiner Geschwister sowie auch sein Vater aus dem Leben geschieden, während seine Mutter als älteste Frau unseres Dorfes am vergangenen 1. Dez. ihren 88. Geburtstag feiern konnte.

### Wettervorhersage

Am Donnerstag wolkig bis bedeckt und noch teilweise schauerartige Regenfälle. Gegen Abend einsetzende Besserung. Höchsttemperaturen um zehn Grad. Zeitweise frische Südwestwinde, später nach West bis Nordwest drehend. In der Nacht zum Freitag teilweise aufklarend. Tiefsttemperaturen aber nur vereinzelt bis zu leichtem Bodenfrost abnehmend. Am Freitag langsame weitere Besserung, noch kühl. Tagestemperaturen gegen zehn Grad. Winde abflauend.

Barometerstand: Veränderlich.
Thermometerstand: (heute früh 8 Uhr) +8°

ETTLINGER ZEITUNG
Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf — Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5. Telefon 187
**Anzeigen-Annahme für Karlsruhe:** Annoncen-Krais oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

BODOSAN
Schmutz und Nässe, jeder Fleck auf dem Boden, sind schnell weg, wenn die Frau zum Wachsen nahm, naßwischbares
BODOSAN Hartglanz-Bohnerwachs
Drogerie Schimpf, Inh. W. Lehmann

DANKSAGUNG — STATT KARTEN
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei Heimgang unserer lieben Mutter
Frau Berta Fischer
geb. Utz
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
Im Namen aller Angehörigen
August Fischer, Bäckermeister
Karlsruhe-Rüppurr, den 4. April 1951

Für Bruchleidende das Sprauzband
Herr Friedrich Gleissner, Mannheim-Käfertal, urteilt darüber im November 1950: „Mit Freuden kann ich Ihnen mitteilen, daß durch Ihr Spranzband mein faustgroßer Bruch vollständig verschwunden ist, und ich keine Beschwerden mehr habe, trotzdem ich schwere Gegenstände trage." Warum quälen Sie sich noch? Bin wieder zu sprechen am: **Freitag, 6. 4.: Ettlingen,** Gasth. Hirsch, 15.30—16.30 Uhr; **Durlach,** Hotel Krone, 17.00—18.30 Uhr.
**Hermann Spranz,** Spezialbandagen, **Unterkochen**/Württemberg

ZU VERKAUFEN
**Bohnenstang., Tomatenpfähle, Rebpfähle,** Pfähle aller Art empf. G. Schönthaler, Feldrennach. Bestell. nimmt entg. **A. Schulz,** Zehntwiesenstr. 7

**Holzschopf** zu verkaufen. Ettlingen, Scheffelstraße 49/II

HÜHNERAUGEN
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Kukirol

Gepanzerte Böden halten was aus!
Panzer EDEL-HARTWACHS
stets vorrätig in den Fachgeschäften
**Drogerie Pioth,** Pforzheimer Str. 50 - **Seifen-Siebert,** Schillerstr.
**Josef Schenk,** Kronenstr. 9 - **N. Glasstetter,** Drachenrebenweg 2

Beim **Arbeitsamt Karlsruhe** sind folgende
**offene Stellen**
gemeldet:
2 tüchtige junge **Herrenfriseure** (selbständig)
1 **Farbenretuscheur**
1 **Bogentiefdrucker**
1 **Kfz.-Handwerker** (Dieselspezialist)
5 **Dreher**
1 **Werkzeugmacher** für Zieh- u. Preßwerkzeuge
1 **Kranführer** für Kaiser-Drehkran
1 **Blechnermeister** ledig, 40—45 Jahre
1 **Elektro-Mechaniker**
1 **Modellschlosser**
1 **Autolackierer**
1 **Steinschleifer**
3 **Gipser**
1 **Konstrukteur** für hydraulische Pressen
1 **Heizungstechniker** mit engl. Sprachkenntn.
1 **Techn. Zeichner**
1 **Lagerverwalter** f. Autoersatzt. m. engl. Sprachk.
1 **Kasserolier** mit Kost u. Wohnung
**Büroangestellte** m. gut. französ. Sprachkenntn.
Jüng. **Stenotypistinnen**
1 **Zimmerfräulein**
1 **Hilfszimmerfräulein**
1 gute **Bedienung** f. Hotel
6 **Küchenhilfen** mit Kost und Wohnung
**Stellengesuche:**
1 **Modellbauer** (Holz) 20 J., ledig, gute berufl. Kenntnisse, 3jähr. Berufspraxis in allen vork. Arbeiten firm, sucht Arbeitsstelle, mögl. Großbetrieb
1 **Mühlenbauer,** 49 Jahre, verh., langj. Praxis als Chefmonteur u. Monteur. Spezialist in Plansichteranlagen sucht entpred. Arbeitsplatz
1 **Seifensieder-Meister,** 53 J., ledig, jahrzehntel. Berufserfahrung, bish. Tätigkeit kann d. Zeugnisse belegt werden. Allererste Fachkr., sucht geeignet. Wirkungskreis

Schnell gebräunt ohne Sonne
Die vor dem Kriege millionenfach bewährte weiße Bitalis-Creme ist jetzt wieder erhältlich.
Die weisse Bitaliscreme
ist Hautnährcreme und Bräunigungscreme zugleich. Sie entwickelt auf der Haut innerhalb von 20 Minuten ohne Sonne eine Tönung, die Ihnen ein frisches, schön gebräuntes Aussehen verleiht. Die Tönung ist mit Seife oder Gesichtswasser abwaschbar, sonst jedoch wetterfest.
Kaufen Sie sich eine Dose dieser vielbegehrten weißen Creme, die keinen Puder enthält, völlig unschädlich ist und Ihr Gesicht verschönt und verjüngt.
Hauptverkaufsstelle:
Drogerie Rud. Chemnitz
Ettlingen Leopoldstraße

Zu verpachten
11 a 47 qm **Acker** in der Offenhardt zu verpachten. Näheres Rheinstraße 45/II

Bonbücher
FÜR GASTHÄUSER
empfiehlt
Buchdruckerei A. Graf
Ettlingen Schöllbr. Str. 5

STRAUB-Kaltwelle 4.25
... zu Hause mit Haarwäsche komplett.
Die neuesten Versuche an deutschen Universitäten haben die Unschädlichkeit bewiesen! - Haltbarkeit ca. ½ Jahr.
Prospekt: „Seidenglanz und Lockenpracht" gratis
Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

PFANNKUCH
Vollmilch-Schokolade
100 Gr. Tafel -.75
Teario - Gebäck knusprig 100 g 23
Pfefferminzbruch 100 g 28
Früchte- und Eis-Bonbons 100 g 32
Solange Vorrat
PFANNKUCH

Circus Grock
mit GROCK persönlich
und einem großen internationalen Beiprogramm
Nur bis Sonntag, 8. April
in Karlsruhe Schmiederplatz
täglich 15.30 und 20.00 Uhr
Freitag nur 20.00 Uhr
Circus-Kassen ab 9.00 Uhr ununterbrochen geöffnet.
Tel. 262

VALAN
Nicht noch ein Waschmittel, sondern etwas völlig anderes. Es ist einfach
die Waschmaschine in der Tüte
Kein Einweichen,
kein Kochen,
kein Reiben,
das schont Sie und Ihre Wäsche
und spart Zeit, Arbeit, Kohle und Gas!
C. HARTUNG TIP BISSINGEN-ENZ

## Umschau in Karlsruhe

### Jahresbilanz des Roten Kreuzes
**Sammeltage in Württemberg-Baden**

Karlsruhe (UP). Der Landesverband des Roten Kreuzes Württemberg-Baden veranstaltet vom 13. bis 19. April seine diesjährigen Sammeltage. Aus diesem Anlaß veröffentlichte der Verband seine Jahresbilanz 1950.

Der Landesverband zählt gegenwärtig 30 000 passive und 14 000 aktive Mitglieder (Helfer). In 230 Jugendgruppen und 270 Schulgemeinschaften sind rund 32 000 Jungen und Mädchen zur Mitarbeit im Roten Kreuz zusammengefaßt. Der Landesverband unterhält 21 Krankenhäuser und Heime aller Art mit insgesamt 1000 Betten, sowie eine Blindenhundeschule. Im Jahre 1950 ist in über 275 000 Fällen erste Hilfe geleistet worden. 1500 Kinder wurden in 34 000 Verpflegungstagen in Kindergärten betreut, mehr als 800 000 Personen in Bereitschaftsküchen verpflegt und 143 374 Personen mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. 57 000 kg ausländische Bekleidungs- und Lebensmittelspenden sowie 637 Care-Pakete an Bedürftige wurden ausgegeben.

### Der Papst dankt Dr. Reinhold Maier

Karlsruhe (lwb). Der apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Muench, hat dem Ministerpräsidenten Dr. Maier für die Glückwünsche gedankt, die dieser dem Heiligen Vater zum Krönungsjahrestag übermittelt hatte. In dem Brief des apostolischen Nuntius heißt es wörtlich: „Ich habe den hohen Auftrag, Eurer Exzellenz dafür den verbindlichsten und herzlichen Dank seiner Heiligkeit zu übermitteln, verbunden mit den besten Segenswünschen für Ihre Person, für die hohe Staatsregierung Ihres Landes und das ganze geliebte Volk von Württemberg-Baden."

### Dienststrafverfahren gegen Kersten

Karlsruhe (UP). Gegen den beurlaubten Leiter des nordbadischen Oberversicherungsamtes in Karlsruhe, Dr. Kersten, wurde jetzt durch Beschluß der Dienststrafkammer für richterliche Beamte beim Karlsruher Landgericht das Dienststrafverfahren eröffnet. Gleichzeitig wird das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen Dr. Kersten beim Oberstaatsanwalt Karlsruhe geführt. Dr. Kersten war Ende des vergangenen Jahres unter großem Aufsehen von seinem Dienst beurlaubt worden, da sich beim Oberversicherungsamt erhebliche Unklarheiten auf finanztechnischen Gebieten herausgestellt hatten. Wie amtliche Kreise nunmehr bestätigen, hat die Behörde Dr. Kerstens in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1950 den Etat mit rund 400 000 DM überzogen.

### Urteil gegen Kameradenschinder aufgehoben

Karlsruhe (lwb). Der Erste Strafsenat des Bundesgerichtshofes hob ein Urteil des Landgerichts Mosbach gegen den 43jährigen Bäckermeister Bauschert aus Oberschefflenz im Kreis Mosbach auf und verwies den Fall zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Mosbach zurück. Bauschert war im Oktober vergangenen Jahres wegen gefährlicher Körperverletzung zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Bundesgericht war der Ansicht, daß das Landgericht nicht in allen Fällen die Frage ausreichend geprüft habe, ob der Angeklagte nur fahrlässig und nicht etwa vorsätzlich gehandelt habe. Bauschert, der von den Russen als Bataillonsführer und Leiter einer Arbeitsgruppe in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager eingesetzt war, hatte mehrere seiner mitgefangenen Kameraden wiederholt schwer mißhandelt.

### Verlegung des Landesbezirkspräsidiums

Karlsruhe. Die Dienststelle des Präsidenten des Landesbezirks Baden befindet sich nunmehr im Gebäude Nördl. Hildapromenade Nr. 1 in Karlsruhe und ist auch weiterhin über die Staatszentrale Karlsruhe (Fernsprechanschluß Nr. 9540) zu erreichen.

# Abwehrstellung gegen den Bund

**Württemberg-Baden wird benachteiligt – Rundfunkansprache Dr. Maiers**

**Stuttgart (lwb). Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Maier, stellte in Stuttgart in einer Rundfunkansprache fest, daß die Politik des Landes zunehmend in eine Abwehrstellung gegen den Bund geraten sei.**

Diese Abwehrstellung sei aber keineswegs die Folge einer politischen Tendenz, der im Januar 1951 neugebildeten Landesregierung, sondern die Konsequenz der Entscheidungen der Bundesorgane, die dem Lande Württ.-Baden in zunehmendem Maße abträglich seien.

Württemberg-Baden seien beim Finanzausgleich 129 Millionen DM auferlegt worden. Dem dreieinhalbmal so großen, an Bodenschätzen überreichen, hochindustriellen Lande Nordrhein-Westfalen nur 117 Millionen DM. Ferner habe Württemberg-Baden bisher 257 Millionen DM für die Soforthilfe aufgebracht. Im Lande seien bis jetzt jedoch nur 131 Millionen DM verteilt worden.

An den Ausgaben des Bundes für soziale Kriegsfolgelasten sei Württemberg-Baden anstatt mit rechnerisch 370 Millionen DM nur mit 256 Millionen beteiligt worden. Auch bei der Flüchtlingsaufteilung sei Württemberg-Baden benachteiligt worden, denn es zähle unter rund vier Millionen Einwohnern 870 000 Flüchtlinge, Zugewanderte und Ausländer. „Die vier Millionen Einwohner des Landes Nordwürttemberg-Nordbaden bringen die gesamten direkten und indirekten Zuschüsse für die 19 Millionen Einwohner der süddeutschen Länder einschließlich Hessens und des Landes Rheinland-Pfalz auf", sagte Maier wörtlich.

Im Bundesrat stehe Württemberg-Baden mit vier Stimmen einer geschlossenen Front von 39 Stimmen gegenüber. „In einem echten Notstand" so schloß Dr. Maier, „rufen wir den verantwortlichen Bundesinstanzen deutlich und klar zu: ‚Bis hierher und nicht weiter!' Wir werden nicht zusehen, daß die Früchte der unermüdlichen Arbeit unserer so fleißigen Bevölkerung weiterhin unter der Hand in ein Nichts zerfließen".

# Frank stellt die Deckungsfrage

**Landtag verabschiedete Gesetz zur Förderung des Wiederaufbaus – Keine Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau – Verfehlungen bei Entschädigung politisch Verfolgter nicht festgestellt**

**Stuttgart (lwb). Der württemberg-badische Landtag verabschiedete in dritter Lesung das vierte Landesgesetz über finanzielle Maßnahmen zur Förderung des Wiederaufbaus und der Wohnraumbeschaffung.**

Durch dieses Gesetz wird die Landesregierung ermächtigt, im Sinne des Bundesgesetzes über den Wohnungsbau Sondermittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die Mittel für den Wohnungsbau sollen als verzinsliche oder als zunächst unverzinsliche Tilgungsdarlehen gewährt werden.

Über den Antrag des Wohnungsbauausschusses, Württemberg-Baden solle die für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellten Landesmittel von 15 Millionen DM auf insgesamt 40 Millionen DM erhöhen, konnte nicht abgestimmt werden, da Finanzminister Dr. Frank die Deckungsfrage stellte. Nach dem Artikel 99 der württemberg-badischen Verfassung kann der Landtag Ausgaben, die über den von der Regierung vorgeschlagenen oder bewilligten Rahmen hinausgehen, nur dann beschließen, wenn die Deckung gewährleistet ist. Auf Antrag der SPD wurde die Regierung gebeten, diese 40 Millionen DM nach Möglichkeit zu beschaffen und dem Wohnungsbau zuzuführen.

Auf eine große Anfrage der DG-BHE-Fraktion teilte Ministerpräsident Dr. Maier mit, in Württemberg-Baden seien bei der Entschädigung politisch Verfolgter keine Verfehlungen festgestellt worden. Die Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung in Stuttgart habe allerdings am 27. Dezember letzten Jahres das bayerische Landesentschädigungsamt auf Antrag von Dr. Auerbach ermächtigt, an etwa 100 Verfolgte, die in Württemberg-Baden ansässig waren und auswandern wollten, für Rechnung des Landes Abfindungen von insgesamt 250 000 DM auszubezahlen. Das bayrische Landesentschädigungsamt habe dafür 111 echte Feststellungsbescheide und ebensoviele von den Empfängern unterzeichnete Abfindungsurkunden vorgelegt. Tatsächlich aber haben nach den Ermittlungen der Münchener Kriminalpolizei Bayern den angeblichen Empfängern der Gelder nichts bezahlt. Alle Unterschriften unter den Abfindungserklärungen seien gefälscht. Bayern müsse nun den Betrag von 250 000 DM an Württemberg-Baden wieder zurückerstatten.

**10 Millionen DM für Schulhausbau**

Der Landtag nahm einstimmig einen Antrag des Finanzausschusses an, wonach die Regierung im Haushaltsjahr 1951/52 wieder 10 Millionen DM an staatlichen Zuschüssen für den Schulhausbau bereitstellen soll. Diese Summe war bereits in den vergangenen Jahren gewährt worden.

Innenminister Ulrich beantwortete zwei große Anfragen über die Entschädigung von Hochwasserschäden durch die Württembergische Gebäudebrandversicherungsanstalt und über das Auftreten von Trockenschäden im Fassungsgebiet der Landeswasserversorgung. Entgegen der Ansicht des Abgeordneten Stooß (CDU), der die Entschädigung der im Donauried aufgetretenen Trockenschäden durch die Landeswasserversorgung forderte, wurden Anträge aller Fraktionen zu dieser Frage zunächst dem Sonderausschuß für die Wasser- und Energieversorgung überwiesen.

Der Rechnungshof Württemberg-Baden hat dem Landtag einen umfangreichen Bericht über die Prüfung der Haushaltsrechnungen für das Jahr 1948 vorgelegt. Der Rechnungshof stellt fest, daß auch in diesem Jahre von Stellen der öffentlichen Verwaltung in vielen Fällen die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben nicht rechtzeitig eingeholt worden sei. Unter anderem beanstandete der Rechnungshof, daß der — inzwischen verurteilte — ehemalige Leiter des staatlichen Heimkehrer- und Flüchtlingslagers Ulm, Dr. Eckert alias Arduin Bäran, im Einverständnis mit dem früheren Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Bettinger, mehrere „schwarze Kassen" gebildet hatte, um daraus Ausgaben leisten zu können, die nicht zulässig waren.

Dem Leiter des Oberversicherungsamtes in Karlsruhe wird vom Rechnungshof vorgeworfen, daß er Juristen, Ärzte und Bürokräfte eingestellt und beschäftigt habe, ohne durch den Stellenplan dazu ermächtigt gewesen zu sein. Der Haushalt des württ.-badischen Ministeriums für politische Befreiung hat im Reichsmarkabschnitt des Rechnungsjahres 1948 zwar eine Mehreinnahme von über 20 Millionen RM, im D-Mark-Abschnitt jedoch eine Mehrausgabe von 7,3 Millionen DM ergeben.

Der Landtag wählte in seiner Sitzung die Beisitzer zu den Beschwerdeausschüssen bei den Soforthilfe-Landesämtern in Stuttgart und Karlsruhe. Die nächste Sitzung wird am kommenden Mittwoch stattfinden.

## Aus der badischen Heimat

### Festnahme wegen illegaler Kapitaleinfuhr

Lörrach (lds). Wegen unerlaubter Einfuhr mehrerer tausend D-Mark wurde ein Schweizer Staatsangehöriger an der Grenzübergangsstelle Weil-Otterbach festgenommen und den deutschen Gerichtsbehörden übergeben. Man fand bei ihm die Quittung für einen größeren DM-Betrag, den er bei einer deutschen Firma in Lörrach einbezahlt hatte. Die Ermittlungen bestätigten den Verdacht, daß die Summe auf illegalem Wege in das Bundesgebiet eingeschmuggelt worden war. Der Betrag wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, der Schweizer gegen Stellung einer Kaution von 2500 DM freigelassen.

### Kehl wird erst im Jahre 1953 frei

Freiburg (lid). Zu Pressemeldungen, daß die Rückgabe Kehls entgegen dem Washingtoner Abkommen auf Grund neuer Verhandlungen bereits im Jahre 1952 abgeschlossen sein soll, erklärte der Präfekt von Straßburg, Paira, in einem offiziellen Kommuniqué, daß diese Meldungen jeder Grundlage entbehrten und daß keine Verhandlungen stattgefunden haben oder stattfinden, um die Rückgabe Kehls um ein Jahr vorzuverlegen. Auch von den zuständigen badischen Stellen in Freiburg wurde erklärt, daß über Verhandlungen über eine vorzeitige Rückgabe Kehls nichts bekannt sei.

### Kreuz und quer durch Baden

**Mannheim.** In der Mannheimer Neckarstadt haben zwei Männer mit Weinflaschen, Biergläsern und anderen Gegenständen derart aufeinander eingeschlagen, daß sie mit schweren Verletzungen in das Städtische Krankenhaus gebracht werden mußten. (lwb)

**Mannheim.** Die Große Strafkammer in Mannheim hat drei Jugendliche im Alter von 19 bis 22 Jahren zu Gefängnisstrafen zwischen vier und 18 Monaten verurteilt. Die Angeklagten hatten von Gräbern verschiedener Friedhöfe der Pfalz Grabkreuze und Kruzifixe entfernt und diese an Altmetallhändler verkauft. (ldn)

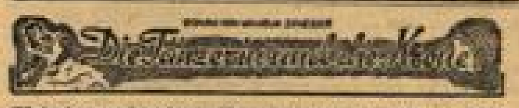
**Heidelberg.** Der 29 Jahre alte Vorsitzende der „Notgemeinschaft der vertriebenen Deutschen in Baden", Heribert Lill, wurde von der Großen Strafkammer des Heidelberger Landgerichts von der Anklage der versuchten Notzucht freigesprochen. Der Freispruch wurde von einem großen Teil des Publikums mit ostentativem Beifall aufgenommen. (lwb)

**Büchenbronn,** Landkreis Pforzheim. Ein hier sehr beliebter Neubürger, der in seinem Heimatort Bürgermeister war, arbeitete noch mit 71 Jahren als Holzhauer im Walde. Eine fallende Buche, die anders fiel, als man dachte, drückte ihm den Brustkorb ein. H. E.

**Loffenau.** Die untere Glockenstube des alten Turmes der hiesigen Pfarrkirche ist zugleich Chor der Kirche. Sie weist noch schwach in Erscheinung tretende Fresken auf, die kürzlich von einer Kommission des Landesamts für Denkmalpflege als wertvoll bezeichnet wurden, so daß sie in diesem Sommer aufgefrischt werden sollen. Gleichzeitig wird der Raum dann zu einer Kriegergedächtnisstätte ausgebaut. H. E.

**Radolfzell.** Die Einweihung des neuerrichteten Radolfzeller Kolpinghauses ist auf den 6. Mai festgelegt worden. Mit der Einweihung ist auch die Feier des 70jährigen Bestehens der Radolfze'ler Kolpingsfamilie verbunden. An diesem Kolpingstag werden neben badischen, württembergischen und hohenzollerischen Abordnungen auch solche aus der Schweiz und Österreich teilnehmen. (cnd)

**Kembs (Elsaß).** Unterhalb der Kembser Schleuse wurden in der letzten Zeit von der Oberelsässischen Vereinigung für Fischerei und Fischzucht über 100 000 Lachsbrütlinge ausgesetzt. Auf diese Weise hofft man, die im Oberrhein spärlich gewordene Fischart wieder stärker einbürgern zu können. (lds)



(Urheberrechtschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

49. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Warum sind Sie so sehr davon überzeugt?"

„Es kann nicht sein."

„Sie urteilen gefühlsmäßig, Herr Jul. Schön, ich möchte, wenn Sie gestatten, Frau Lorena in Ihrer Gegenwart vernehmen, hier in diesen Räumen."

„Ganz wie Sie wollen."

„Vielleicht wäre es richtig, wenn Sie Frau Lorena telefonisch zu sich bitten würden, ohne ihr zu sagen, um was es sich handelt."

Jul kam dem Ersuchen des Kommissars nach.

Wenige Minuten später trat Conchita ein. Sie war in einem hellen Kostüm ohne Hut. Überrascht blieb sie an der Tür stehen. Die Herren erhoben sich.

„Das ist Herr Lütgens", sagte Jul, „von der Polizei ..."

Conchita wurde jäh blaß. Sie preßte die Lippen aufeinander. Ihr dunkler Blick brannte. Dann stieß sie erregt hervor:

„Was wünschen Sie von mir?"

„Ich habe Ihnen einige Photos mitgebracht, Frau Lorena."

Er zeigte auf die Bilder, die auf dem Tisch lagen.

Sie trat rasch näher und beugte sich über die Bilder. Lütgens beobachtete sie scharf. Sie preßte die Hand vor den Mund.

„Erkennen Sie den Toten?" fragte Lütgens.

Sie riß sich herum und sah verwirrt zu ihm auf. „Mein Gott", sagte sie, „was ist mit ihm geschehen? Das ist doch Carlos Kreuth."

„Täuschen Sie sich auch nicht, Frau Lorena?"

„Bestimmt nicht. Ich kenne ihn zu gut."

„Merkwürdig! Herr Jul behauptet, es wäre Ribara. Und nun sagen Sie mir, es ist Kreuth."

Ihr Mund öffnete sich leicht. Der Schreck überwältigte sie.

„Ribara?" stieß sie hervor.

Lütgens erkannte deutlich, daß die Überraschung nicht gespielt war. Lähmendes Entsetzen spiegelte sich in ihren Zügen.

„Ja", lächelte Lütgens, „so ist es: Herr Jul glaubt, auf diesen Photos deutlich den Spanier Ribara zu erkennen. Ribara ist bekanntlich der Mann, der ihm in Kopenhagen die verschwundene Westgotenkrone anbot."

Conchita schwieg, sie preßte die gefalteten Hände an die Brust.

Lütgens fuhr fort: „Der Mann auf diesen Photos ist heute morgen hier in Hamburg erschossen aufgefunden worden, und zwar im Garten des Helkeschen Hauses in Oevelgönne, nachdem er zuvor im Hause selbst einen Einbruch verübte. Den Mörder kennen wir noch nicht; aber wir verfolgen eine gewisse Spur. Vielleicht können Sie uns dabei helfen. Halten Sie es für möglich, daß sich Carlos Kreuth auch Alberto Ribara genannt hat?"

„Woher soll ich das wissen?" antwortete sie leidenschaftlich.

In diesem Augenblick klopfte es an der Tür. Ein Hotelpage stand vor ihm und erkundigte sich, ob Kommissar Lütgens anwesend sei. Er hatte einen Brief in der Hand.

Lütgens nahm ihn in Empfang und sagte: „Bestellen Sie den beiden Herren, die unten auf mich warten, daß sie bleiben sollen."

Der Page entfernte sich und Lütgens riß den Umschlag auf. Nachdem er den Inhalt eines Telegramms überflogen hatte, steckte er das Papier in die Seitentasche:

„Entschuldigen Sie bitte die Störung. Wir können jetzt fortfahren. Ich habe nur noch einige Fragen an Sie zu richten, Frau Lorena."

„Bitte?"

„Sie hatten doch gestern Ihren letzten Tanzabend in Berlin. Wie spät war es, als Sie vom Theater zurückkamen?"

Conchita sah zu Jul hinüber: „Ich glaube, es war nach zwölf Uhr."

Jul bestätigte es.

„Und wer begleitete Sie?" fragte Lütgens.

„Nur Herr Jul."

„Wo war Ihr Impresario, Herr Kastenreuth?"

„Kastenreuth?" — sie blickte verwundert auf — „er war schon um neun Uhr ins Hotel zurückgefahren, mitten während der Vorstellung."

„Warum? Es mußte ihn doch interessieren, wie der Abend verlief."

„Er fühlte sich nicht wohl, er ist herzleidend."

„Hm ... haben Sie sich nach der Vorstellung erkundigt, wie es ihm ging? Er hatte doch Telefon in seinem Zimmer ..."

„Man darf es nicht so tragisch nehmen mit seinen Herzanfällen" antwortete Conchita, „sein Leiden ist nervöser Natur. Er braucht dann weiter nichts als Ruhe."

„Sie haben ihn also nicht angerufen?"

„Nein."

„Danke, Frau Lorena. Das wäre vorläufig alles. Aber ich kann Sie noch nicht entlassen. Ich möchte mich einmal mit Herrn Kastenreuth unterhalten, und zwar in Ihrer Gegenwart. Darf ich Sie ersuchen, Herr Jul, Kastenreuth telefonisch hierher zu bitten? Hoffentlich ist er im Hause."

„Ich habe eben noch mit ihm gesprochen", sagte Conchita.

„Aber verraten Sie ihm nicht, wer ihn hier erwartet", rief Lütgens.

Jul nahm den Hörer ab.

28.

Jul und Conchita saßen im Hintergrund, als Kastenreuth eintrat. Lütgens ging ihm entgegen, blieb vor ihm stehen, nannte seinen Namen und setzte hinzu: „Von der Kriminalpolizei."

Kastenreuth sah hastig zu Jul und Conchita hinüber. Dann musterte er Lütgens über den Rand seiner Hornbrille hinweg.

„Bitte", fragte er, „was wünschen Sie von mir?"

Sein kleines, gelbes Gesicht wirkte zwar verfallen und kränklich, war aber von innerer Spannung erfüllt.

„Ich möchte Ihnen einige Photos zeigen", antwortete Lütgens.

„Photos? Worum handelt es sich denn?"

Lütgens trat an den Tisch heran. Kastenreuth, der ihm gefolgt war, betrachtete einige Minuten lang die Bilder. Dann sah er wieder auf.

„Erkennen Sie den Toten?" fragte Lütgens.

„Es ist Carlos Kreuth. Frau Lorena wird es Ihnen ja schon gesagt haben. Was ist mit ihm geschehen?"

„Erschossen worden."

Der kleine Impresario rang die Hände: „Das ist ja entsetzlich!" — Und mit einem Blick über die Brillengläser zu Conchita: „Sagte ich dir nicht schon immer, daß es mit Kreuth ein schlimmes Ende nehmen würde? So ein Leichtfuß und Tunichtgut! Sicher ist er in böse Gesellschaft geraten — kein Wunder in einer Hafenstadt wie Hamburg."

Fortsetzung folgt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

# AUS UNSERER HEIMAT

## Wann erschien die älteste deutsche Zeitung?

### Vermutlich schon 1599 bei Nikolaus Kalt in Konstanz

Zeitungswissenschaftler, Bibliotheksfachleute und Historiker haben sich immer wieder bemüht, die Frage, wann in Deutschland die erste Zeitung erschienen ist, einer Klärung entgegenzuführen. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges hatte man in Leipzig sogar eine Forschungsstelle für die Frühgeschichte der Zeitung im Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband ins Leben gerufen. Zwar hat die neuere Forschung als Kennzeichen einer Zeitung ihre Aktualität, Publizität, Periodizität und Universalität erkannt; die Schwierigkeit besteht jedoch darin, festzustellen, inwiefern auf die frühesten als Zeitungen, Relationen oder Avisen deklarierten Druckerzeugnisse diese Forderungen anzuwenden sind.

Bekanntlich ist unser Wort „Zeitung" älter als die Erfindung Gutenbergs und wurde gegen Ende des 14. Jahrhunderts zunächst im Sinne der Bezeichnung eines Ereignisses und danach erst für den Bericht über ein solches gebraucht. Gedruckte Flugblätter und Einblattdrucke kennen wir schon seit dem letzten Viertel des 15. Jahrhunderts; auch mit gewisser Regelmäßigkeit sich wiederholende Berichte über die Messen (sog. Meßrelationen) tauchen schon gegen Ende des 16. Jahrhunderts auf. Aus der schon im Spätmittelalter geübten Gepflogenheit der Kaufleute, sich mit Briefen die wichtigsten Meldungen gegenseitig zugehen zu lassen, entwickelte sich etwa seit der Mitte des 16. Jahrhunderts ein Gewerbszweig berufsmäßiger Zeitungsschreiber, der mit Hilfe von Boten und Kurieren über ein für die damalige Zeit beachtlich ausgebautes Nachrichtenwesen verfügte. Diese Einrichtung gab fälschlicherweise Veranlassung zu der Annahme sogenannter geschriebener Fuggerzeitungen, die aber inzwischen von der Forschung als eine von Philipp Eduard Fugger angelegte Sammlung von „Zeitungsberichten" für den mehr oder weniger internen Gebrauch seines Hauses erkannt worden sind. Trotz der Zunahme gedruckter Neuigkeitsberichte hielten sich diese sog. Briefzeitungen noch bis zum Ende des 17. Jahrhunderts.

Als älteste gedruckte deutsche Zeitungen, die die obenerwähnten Bestimmungsmerkmale erfüllen, gelten eine Augsburg-Helmstedt-Wolfenbütteler und eine Straßburger Wochenzeitung, beide erstmals im Jahrgang 1609 erhalten. Die erstgenannte Wochenzeitung, die den Titel „Aviso (in der ersten Nummer: Avisa), Relation oder Zeitung" führt, entstammt der Sammlung des Abtes Gerhard von Loccum (gest. 1722) und wurde 1903 in der Provinzialbibliothek Hannover in den Jahrgängen 1609 und 1610 wieder aufgefunden. Daneben konnte man noch mit gewisser Wahrscheinlichkeit vereinzelte Nummern der Jahrgänge 1614/15, 1620 und 1623/24 ausfindig machen. Als (nicht angeführten) Drucker und Druckort vermutete man durch gewisse Vergleichsmomente zunächst Johann Schultes aus Augsburg, Jacob Lucius den Jüngeren aus Helmstedt und schließlich Julius Adolph von Söhne aus Wolfenbüttel, ohne aber bis jetzt den Ursprung zweifelsfrei ermitteln zu können. Im Gegensatz zur Straßburger Wochenzeitung, die nur eine Titelseite enthält, hat jede Nummer der Augsburg-Helmstedt-Wolfenbütteler ein besonderes Titelblatt.

Die Straßburger „Relation", von der der nahezu vollständige Jahrgang 1609 erhalten geblieben ist und die jetzt eine Kostbarkeit der Universitätsbibliothek Heidelberg darstellt, in der sie 1876 entdeckt wurde, war ehemals im Besitz der Bücherei der Zisterzienserabtei Salem. Die Badische Landesbibliothek in Karlsruhe besaß vor dem Kriege einen fast vollzähligen Jahrgang 1614 einer deutschen Wochenzeitung, den der frühere Direktor der Bibliothek, Theodor Längin, ebenfalls der Straßburger Relation zurechnete. Drucker der Relation war der Straßburger Johann Carolus, bekannt u. a. als Verleger der meisten Schriften J. Fischarts.

Der Wasserzeichenforscher Gerhard Piccard fand 1950 bei seinen Quellenstudien im Badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe unter den Rechnungsbüchern des Klosters Salem (Nr. 8643) unter dem Jahre 1600 folgenden Eintrag: „Item Niclaus Kalten Buechtruckhern zue Costanntz für ain Jar vberschickhter Zeitungen außzahlt 4 fl." (d. i. Gulden). Zum etwaigen Vergleich sei erwähnt, daß von dem Kloster unterm 12. Oktober 1620 für zwei aus Straßburg bezogene Zeitungen (der Straßburger Relation?) zusammen vier Kreuzer bezahlt wurden (1 Gulden = 60 Kreuzer).

Nikolaus Kalt war um die Wende des 16. zum 17. Jahrhundert einer der gewandtesten Drucker des Bodenseegebietes, der neben anderen Werken 1603 das große Konstanzer Meßbuch herausbrachte, das über ein Jahrhundert lang im Konstanzer Bistum im Gebrauch war. Leider fehlen die Salemer Rechnungsbände zwischen 1600 und 1612, so daß für die folgenden Jahre keine weiteren Buchungsbelege vorhanden sind. Dies ist um so bedauerlicher, als vermutlich in den fehlenden Bänden auch die Auslagen für den Bezug der Straßburger Relation aufgeführt waren. Zwar hielt das Kloster, wie bereits in einem Eintrag vom Jahre 1584 erwähnt wird, auch geschriebene Zeitungen, deren Überbringer teils über Heiligenberg, teils über Meersburg oder Tettnang kamen. So übersandte vom Jahre 1613 bis zum Jahr 1625 die Witwe des Crispin Lamparter, Euphrosina Lamparter, Zeitungsschreiberin aus Augsburg, der Abtei wöchentlich solche „Ordinari-Zeitungen" nach Salem, wofür sie jährlich zuerst 13 Gulden, später 15 Gulden vergütet erhielt; ein Beweis, daß der Preis der geschriebenen Zeitungen höher war als derjenige der gedruckten. Nachfolger der „Lamparterin" wurde 1626 der Augsburger Zeitungsschreiber Georg Kottendrey.

Noch fehlen weitere Beweisstücke zu einer einigermaßen gesicherten geschichtlichen Erkenntnis. Die Hoffnung, unter Umständen ein Exemplar der Zeitung von Nikolaus Kalt wiederzufinden, ist ziemlich gering, wenn nicht aussichtslos. Immerhin dürften künftige geschichtliche Abhandlungen über die ältesten deutschen Zeitungen nicht die Möglichkeit außer acht lassen, daß Nikolaus Kalt aus Konstanz im Jahre 1599 — in diesem Jahr müßte sie erschienen sein, wenn sie im Jahre 1600 in Rechnung gestellt wurde — die älteste deutsche Zeitung gedruckt hat. Dr. Engelbert Strobel.

## Vor 70 Jahren starb ein badischer Revolutionär

Kaum ein Badener führte ein so abenteuerreiches und bewegtes Leben wie der Eichtersheimer Friedrich Karl Franz Hecker, kurz „der badische Revolutionär" genannt. Geboren am 28. September 1811, studierte er die Rechtswissenschaften, wurde 1838 Obergerichtsadvokat in Mannheim, trat 1842 in die badische Zweite Kammer, befehdete das Ministerium Blittersdorff und half mit an dessen Sturz. Erstmals wurde sein Name bekannt durch seine am 6. 2. 1845 gehaltene Rede gegen eine damals beabsichtigte Verschmelzung Schleswig-Holsteins mit Dänemark. Erst recht von sich reden machte er aber durch seine Ausweisung aus den preußischen Staaten am 23. Mai 1845, als er sich auf einer Reise nach Stettin mit Itzstein in Berlin aufhielt. Nun folgte eine politische Affäre der anderen, vom Volke teils mit Anerkennung und Bewunderung, teils mit Zweifel verfolgt. Infolge seiner sozialdemokratischen Ansichten trennte er sich von seinen Freunden, machte auf dem Landtag 1846/47 auch gegen das liberale Ministerium Opposition, beantragte Steuerverweigerung bis zur Änderung des herrschenden Systems, legte im März 1847 sein Mandat nieder, beteiligte sich im September 1847 an der Offenburger Versammlung, wo das bekannte radikale Programm entworfen wurde, und stand schon vor, besonders aber nach den Februarereignissen von 1848 an der Spitze der badischen sozialdemokratischen Republikaner. Im Vorparlament stellte er den Antrag, es möge sich in Permanenz erklären. Der Antrag fiel durch und Hecker verließ mit seinen politischen Freunden die Versammlung.

Nun beginnt jene Epoche, die den Namen Friedrich Heckers in der badischen Geschichte verewigte. Begeisterungsfähig, redegewandt, ein Liebling des Volkes, das er wie kein anderer anzupacken und nun endgültig mitzureißen versteht, geht er zum Aufstand über in der Überzeugung, daß eine Lösung der damaligen Probleme nicht auf legalem Wege möglich sei. Nachdem er am 12. April 1848 von Konstanz aus mit seinem Freund Struve die Aufforderung zum Aufstand erlassen hatte, fiel er an der Spitze einer Freischar in das badische Oberland ein und traf am 20. April mit den badischen Truppen unter Generalleutnant Friedrich von Gagern vor Kandern zusammen! Zwar fiel Gagern, doch mußten die Freischärler weichen; sie zerstreuten sich dann in alle Winde. Hecker flüchtete in die Schweiz und ließ sich in Muttenz nieder. Dort gab er den bekannten „Volksfreund" heraus und veröffentlichte seine denkwürdige Schrift „Die Volkserhebung in Baden".

Sein revolutionärer Geist stieß überall auf Widerstand. Hecker entzweite sich mit Struve und den übrigen republikanischen Führern, zum Beispiel mit Heinzen, und wanderte im September 1848 gleich zahllosen tüchtigen Deutschen nach Amerika aus. Seiner Schaffenskraft gelang es, eine Farm bei Belleville im Staate Illinois zu erwerben, die er eifrig bewirtschaftete. Im Mai 1849 wurde Friedrich Hecker, den man nicht vergessen hatte, von der neuen revolutionären badischen Regierung zurückgerufen. Mit einem kleinen Trupp amerikanischer Offiziere erschien er in Straßburg, kehrte jedoch, da die Revolution zu Ende ging, rasch wieder nach Amerika zurück. 1861 brach der amerikanische Bürgerkrieg aus, bei dem er dem unionistischen General Fremont ein Regiment zuführte. Als sich dieses schon im Oktober desselben Jahres wegen Meuterei auflöste, kehrte er auf seine Farm zurück. Bald darauf jedoch befehligte er als Oberst eine Brigade in der Cumberlandarmee unter General Howard. Auch dieses Kommando legte er im Jahre 1864 nieder.

Friedrich Hecker verfolgte nach wie vor mit Interesse die politische Entwicklung in Deutschland. Am 12. Februar 1871 hielt er auf der Friedensfeier in St. Louis eine glänzende patriotische Festrede. Ja, er kam sogar noch einmal in das alte Europa zurück. Im Sommer des Jahres 1873 studierte er die Verhältnisse in Deutschland, konnte sich aber nicht recht mit ihnen befreunden — er war zu liberal, zu freisinnig und immer noch revolutionär. Immerhin gehörte er in Amerika zu den besten Vertretern des Deutschtums und zu den eifrigsten Verfechtern geistiger Freiheit gegen jede Herrschsucht. Seine „Reden und Vorlesungen" geben ein Bild seiner Bemühungen um Freiheit und Recht. -ger

## Bitteres Brot

### Besuch bei der pfälzischen Kohlengrube „Maria"

Die immer akuter werdende Kohlenkrise zwang die westpfälzischen Industriebetriebe, ihr Augenmerk wieder jenen kleinen Kohlengruben im Westrich zuzuwenden, die noch immer in Krisenzeiten die letzte Hoffnung bedeuteten.

Eines der bekanntesten pfälzischen Werke, die Kammgarnspinnerei in Kaiserslautern, sicherte sich durch Investitionen den Abbau der Steinkohlengrube „Maria" in Steinbach am Glan. Obwohl diese Geldzuwendungen die Grube vor dem sicheren Ruin retteten, soll und darf nicht die Leistung jener Männer vergessen werden, die sich 1948 ohne technische und finanzielle Hilfsmittel daran machten, den alten, längst vergessenen Stollen, der bereits im 17. Jahrhundert in den Berg getrieben, vor dem 1. Weltkrieg zugemacht, anschließend wieder geöffnet und wieder geschlossen worden war, erneut zu erschließen. Nur zwei Arbeiter waren es, die im Jahr 1948 kräftig in die Hände spuckten und sich ans Werk machten. Trotz Verschlammungen, Wasser, Dreck, schlechter Luft, Unkenntnis der Lage schafften sie es tatsächlich, den Stollen in einer beachtlichen Länge von über hundert Metern freizumachen und an das Kohlenflöz, das dort in einer Stärke bis zu 30 Zentimeter vorhanden ist, durchzustoßen. Wenige Wochen später werkten schon zehn Mann vor Ort und versorgten in dieser schlechten Zeit die umliegende Gegend mit Brennstoffen.

Wie in vielen Fällen bedeutete auch für die Grube „Maria" die Währungsreform den Anfang vom Ende. Die Grube verschuldete rasch, die Arbeiter zerstreuten sich. Kohle nahm sich, wer gerade Lust hatte, die Gläubiger drängten, die mühsam zusammengeborgten Einrichtungen verkaufen.

Im Jahre 1951 nahm sich die Kammgarnspinnerei der Grube an und seitdem geht es wieder aufwärts. Schon das äußere Bild hat sich gewandelt. Ein breiter Anfahrtsweg mit einem Silo wurde erstellt, die Maschinenanlagen wurden erneuert, ein Generator angeschafft, Verbesserungen in der An- und Ausfahrt durchgeführt, so daß es möglich ist, innerhalb von zwei Schichten mit zusammen 30 Mann doch über 100 Zentner Kohle zu fördern. Die Bergleute und Arbeiter, die hier tätig sind, werden nach Tarif bezahlt. Aber trotz dieser ungeheuren Fortschritte gegenüber dem Anfang, als noch arbeitstechnische Methoden praktiziert werden mußten wie vor hundert Jahren, ist es ein bitteres Brot, das diese Menschen essen müssen. Nur liegend kann gearbeitet und die Kohle aus dem Flöz herausgekratzt werden. Hart an den Boden müssen sich die zwei oder drei Männer schmiegen, die vorn im „Stoß" arbeiten. Dazu kommt, daß auch die sonstigen Verhältnisse, seien sie allgemein wirtschaftlicher oder bäuerlicher Natur, äußerst schlecht sind. Bezeichnend dürfte sein, daß im Jahr 1951 durch die holprigen Straßen von Steinbach noch die Postkutsche rasselte.

Ständige Arbeitslosigkeit ist das drohende Gespenst, das auf allen Menschen in dieser abgeschiedenen Gegend lastet. „Pfälzisch Sibirien" nennt der Volksmund das Land am Glan, ohne zu ahnen, daß die wirtschaftlichen Bedingungen tatsächlich den Beigeschmack einer Strafkolonie haben. Wäre die Liebe zur angestammten Heimat nicht, die reich an landschaftlichen Schönheiten ist, und wären die Grenzbarrieren der Länder heute nicht fast unüberteigbar, so wanderten gewiß wie vor hundert und zweihundert Jahren Scharen von Pfälzern wieder über das große Wasser. -lks-

## Bäckermeister und Poet dazu

### Zum 150. Geburtstag des Karlsruher Dichters Christoph Vorholz (geb. am 11. April 1801)

Die Lebensspanne dieses biederen Bäckermeisters erstreckte sich über die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Zu Karlsruhe war er am 11. April 1801 geboren, hier verbrachte er sein Leben, das er im Jahre 1865 beschloß. Seinem Wunsche:

„Wenn sich einst aus irdschen Banden
auf mein Geist zum Himmel schwingt,
und mein Leib zu der verwandten
Erde hin zur Ruhe sinkt,
o, dann Friede meinem Grabe:
Freundschaft deine letzte Gabe:
Eine Träne noch von dir
netz den Leichenhügel mir"

wurde Erfüllung. Das Gedächtnis an Christoph Vorholz hat die Stadt Karlsruhe in zweifacher Hinsicht wach gehalten. An seinem Wohnhaus in der heutigen Ritterstraße nennt eine Gedenktafel des Dichters Lebensdaten und eine Straße trägt seinen Namen.

Im geselligen und gesellschaftlichen Leben der Residenzstadt hatte Christoph Vorholz eine anerkannte Stellung. Er galt als der biedere, fleißige Handwerksmeister und als Dichter zugleich. Zwar wäre der Junge gerne Landpastor geworden, wenn es sich hätte machen lassen. Doch war er auch als ehrsamer Bäcker mit seinem Schicksal zufrieden, treu wirkend als Hausvater, die Achtung guter Menschen erstrebend und erringend. In seinem Schreiben an den „Schwäbischen Humoristen", der ihn zur Mitarbeit eingeladen hatte, gesteht er frank und frei:

„Doch schon zum Voraus sag ich dir,
versprich dir nicht zu viel von mir,
indem ich nicht studiert bin.
Mein Handwerk, wisse, das ist Backen,
mich nähren Lieder nicht, nicht Schnacken.
Drum halt ich ernstlich an mein Brot,
zu schützen mich vor jeder Not."

Es wur damals schon so wie heute, die Dichtkunst ernährte den Künstler nicht, und Christoph Vorholz bekennt humorvoll und etwas drastisch:

„Ich bin drei halbe Zentner schwer,
und ginge durch ein Nadelöhr,
wenn Dichtkunst meine Nahrung wär."

Früh schon pflegte der besinnliche Jüngling seine Gefühle in artigen Reimen auszudrükken. Was er dichtete, entsprang seinen eigenen Eingebungen, war ursprünglich und ohne Vorbild. Nur Höltys Werke waren des bescheidenen Gewerbsmannes ganze poetische Bibliothek, und erst in späteren Jahren begeisterte er sich an Schillers Gedichten und Dramen. „Grundsätzlich verschmähte es Christoph Vorholz, bei fremdem Geiste Anleihe zu machen. Denn immer, wenn ihm nicht die innersten Saiten erklangen, konnte er ein winziges Verslein machen. So sang er seine Epistel an seine Mitmenschen, seine Morgen- und Abendlieder, seine Aufmunterungen zur Freude, er sang auf die brave Hausfrau, lobte den lieben Gott, Freundschaft und Zufriedenheit, erging sich auf dem Markte, dem Friedhofe, am Ostermorgen, am ersten Mai, im Traum der Kindheit, fand jedoch auch gute Klänge für Geselligkeit und rechte Worte an das Vaterland, für die Namen edler Männer seiner Vaterstadt. Ja, er übte sich in leicht satyrischen Fabeln und Sprüchen, wenn ihn je gerechter Unmut über der Zeiten Verderbtheit anwandelte. Bei aller Biederkeit und Treuherzigkeit entlockte er seiner Lyra auch Klänge radikaler Tonart, was ihm nach der mißglückten 48er Revolution manche Anfeindung brachte." So schildert ihn ein zeitgenössischer Biograph.

Vorholz war in dem Karlsruhe der 40er und 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine angesehene Persönlichkeit und auch als Dichter anerkannt. Fast alle seine Gedichte wurden in der „Karlsruher Zeitung" veröffentlicht. Sein Ruf drang über die badischen Grenzen ins benachbarte Schwabenland, und im badischen Oberland hatte der dichtende Bäckermeister manchen Verehrer seiner Kunst.

Als im Jahre 1843 Justinus Kerner nach Baden-Baden zur Kur reiste, kehrte er auf der Hin- und Rückfahrt jeweils einige Tage bei seinem Karlsruher Dichterkollegen ein.

Das einzige Werk, das die dichterischen Ergüsse des Christoph Vorholz in Buchform der Nachwelt überlieferte, erschien 1840 im Verlage des Hofbuchbinders C. F. Vorholz, der des Bäckermeisters Bruder war. „Diese Sammlung soll nicht als gemodeltes Kunststück erscheinen, sondern so dastehen, wie die Natur sie mir eingegeben hat", charakterisiert er selbst die Kinder seiner Muse. Als deren innigstes sei dem Leser das „Kinderlied" wiedergegeben, das von dem Karlsruher Kapellmeister Bräutigam vertont wurde und also lautet:

Kinderzeit ist goldne Zeit,
Ist der Lenz im Leben.
Aller Erden Seligkeit
Ist uns ja gegeben.
Lernen wir
Recht mit Begier
Zu der Eltern Freude.
O, dann gibt's nichts Bitteres hier
Für uns junge Leute.

G. Hupp

## 100 Jahre Baden-Briefmarken

Im Mai 1851 wurde mit dem „1 Kreuzer sämisch" die erste Briefmarkenserie in Baden zur Ausgabe gebracht. Baden folgte in der Ausgabe von Briefmarken an fünfter Stelle der deutschen Länder, nach Bayern, Sachsen, Preußen und Hannover. Aus Anlaß dieses 100jährigen Jubiläums veranstaltet der Landesverband Baden-Pfalz im Bund Deutscher Philatelisten vom 28. April bis einschließlich 1. Mai 1951 in Karlsruhe eine große Jubiläumsausstellung. Für diese erste große überörtliche Briefmarkenausstellung seit 1910 in Karlsruhe wurde der neugeschaffene Kongreßsaal der Stadthalle bestimmt. Ein Sonderpostamt (die enge Verbindung zwischen der Postverwaltung und dem Bund Deutscher Philatelisten wird auch bekundet durch die Schirmherrschaft des Präsidenten der Oberpostdirektion über die Ausstellung) wird ebenfalls in der Stadthalle eingerichtet sein, wo die frankierten Festpostkarten und Ersttagsumschläge mit dem von dem bekannten Karlsruher Meister der Glasmalkunst und Philatelisten Adolf Großkopf entworfenen Sonderstempel versehen werden. Dieser Stempel trägt das Bild der ersten badischen Briefmarke, den „1 Kreuzer sämisch". Leider wird die geplante Sondermarke (ähnlich der Ausgabe vor 2 Jahren zum 100jährigen Jubiläum der schwarzen 1 Kreuzer Bayern oder der vorjährigen Ostzonenausgabe, anläßlich des sächsischen Markenjubiläums) mit der Abbildung der ersten Badenmarke nicht zur Ausgabe kommen, wie das Bundespostministerium mitteilte. Für alle Sammler werden die Festpostkarten und Ersttagsumschläge eine schöne Erinnerung sein, die in vergrößert wiedergegebenen Drucken die Abbildungen der badischen Ein- und Drei-Kreuzer- bzw. Sechs- und Neun-Kreuzermarken tragen werden.

Diese große Ausstellung wirft ihre Schatten voraus; denn bis heute sind zahlreiche hervorragende Sammlungen aus dem Bundesgebiet, aber auch aus der Ostzone und dem Ausland fest angemeldet. Man kann daraus schließen, daß das Sammelgebiet der Badenmarken in einem bisher nie gezeigtem Ausmaß zur Schau kommen wird, ebenso aber auch die badische Postgeschichte und Vorphilatelie. Selbstverständlich werden auch die jüngsten badischen Marken, die seit 1945 in der französischen Zone zur Ausgabe gelangten, komplett gezeigt werden. Auch das Badische Münzkabinett wird sich beteiligen, um den Besuchern die Kreuzer und anderen Münzen zu zeigen, für die man vor 100 Jahren diese Briefmarken kaufte. Die gleiche Druckerei, die die Badenmarken im Mai 1851 erstehen ließ, wird eine Festschrift herausbringen. In Verbindung mit dieser Jubiläumsausstellung, zu der viele prominente Persönlichkeiten, Sammler und Interessenten aus dem In- und Ausland erwartet werden, findet das erste Treffen der deutschen Motivsammler statt. -ser.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg